3. Jahrgang / Nr. 253

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1.50 Mk. für die Woche. 6.10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6.10 Mk. für den Monat.
Postscheckkonto Nr. 28 885. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H." Breslau.
Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8837.

Mittwoch, 9. November 1921

Anzeigenpreise: Die 6gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0.80 Mk., auswärts 0.90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0.40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 6gespalten oder deren Raum im Text 8.— Mk.

Die russische Oktober-Revolution und der dritte Jahrestag der deutschen Revolution.

Durch drei Jahre deutscher Revolution und Konterrevolution war die russische Revolution dem deutschen Proletariat eine Quelle moralischer Kraft und eine reiche Quelle der Einsicht, aus der sie in steigendem Maße geschöpft haben. Das Verhältnis des deutschen Proletariats zur russischen Revolution ist heute ein anderes geworden, als in den ersten beiden Jahren. Damals die himmelstürmende Begeisterung, die das Ziel der deutschen Revolution greifbar nahe glaubte, die glaubte, die deutsche Revolution werde ebenfalls in raschem Anlauf die Bourgeoisie überrennen. Die revolutionäre Vorhut der deutschen Arbeiterklasse weiß heute, belehrt durch die Erfahrung, daß ihr Weg schwerer, langwieriger ist. Sie lernt, den Weg klarer zu überschauen. Und sie versteht, daß der verschlungene, zeitweilig rückläufig erscheinende Weg der russischen Revolution bedingt ist, ebensosehr durch die rückständige soziale Struktur Rußlands, als vor allem durch den zögernden Gang der europäischen Revolution. Den breiten Massen der deutschen Arbeiterschaft, waren die verschlungenen Wege der russischen Revolution nicht immer leicht verständlich. Sieht man auf die Zeitungsstimmen der sozialdemokratischen und unabhängigen Presse bei Gelegenheit der neuen Wirtschaftspolitik Rußlands und seinem letzten Schritt, dem Angebot an die Ententemächte, die Zarenschulden anzuerkennen, so konnte scheinen, als ob die breite Masse der Arbeiterschaft den Sowjetstern nicht mehr in dem hellen Glanze strahlen sähe, wie zu Anfang. Daß dieser Schein trügt, beweisen handgreifliche Tatsachen. Wenn Sowjetrußland am 4. Jahrestag unerschüttert dasteht, so sind es nicht nur die Gegensätze unter den kapitalistischen Staaten, die Sowjetrußland gerettet haben, es ist zugleich die steigende Welle der proletarischen Revolution im Westen, die dem Weltkapital Zügel anlegt. Ein weiterer Beweis: die Hilfeleistung der deutschen Arbeiterschaft für die Hungergebiete Rußlands. Und wenn heute die Ententemächte glauben sollten, die Hungerkatastrophe erlaube ihnen einen neuen Ueberfall auf den Proletarierstaat, wenn unter französischer Führung beinahe offen die Vorbereitungen zu einem neuen Angriff getroffen werden, so werden wieder, des sind wir sicher, harte Schläge der Arbeiterklasse sie überzeugen, daß sie falsch gerechnet haben.

Die Tatsache, daß das proletarische Rußland hungernd, verarmt dasteht, wird der Arbeiterschaft durch die tausend Kanäle der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Presse Tag für Tag eingeflößt, um sie davon abzuschrecken, kühn und entschlossen den Weg der Revolution weiterzugehen. In Deutschland, wo in diesem Augenblick die Sozialdemokratie vor Stinnes kapituliert, schreit sich dieser Pressechor fast heiser, um den „Bankrott des Bolschewismus" den Massen zu suggerieren.

Und doch wirkt es nicht. Denn auch der einfachste deutsche Arbeiter, wie immer er auch den Weg des russischen Proletariats einschätzen mag, sieht klar, daß drei Jahre Verzicht auf die Machtergreifung, drei Jahre ängstlicher Unterwerfung unter das Kapital ihm nichts von dem gebracht haben, was er erhoffte: Weder ausreichend Brot, noch den wirklichen Frieden, noch die wirkliche Freiheit.

Lenin hat in einem Artikel zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution mit voller Klarheit und Offenheit das geschichtliche Ergebnis von drei Jahren russischer Revolution festgestellt. Lenin sagt darin:

„Die unmittelbare und nächste Aufgabe der Revolution war eine bürgerliche demokratische Aufgabe: die Ueberreste des Mittelalters abzuschaffen, sie restlos zu beseitigen, Rußland von dieser Barbarei, dieser Schmach, von diesem größten Hemmschuh jeglicher Kultur und jeden Fortschritts zu säubern. Und wir haben ein Recht darauf stolz zu sein, daß wir diese Säuberung vom Standpunkt — der Einwirkung auf die breitesten Volksmassen — bedeutend einschneidender, bedeutend schneller, kühner, erfolgreicher, breiter, tiefer durchgeführt haben, als die große französische Revolution vor 125 Jahren ... Wir haben, wie niemand sonst, die bürgerlich-demokratische Revolution bis zu Ende durchgeführt. Ueberaus bewußt, fest und unentwegt bewegen wir uns vorwärts zur sozialistischen Revolution im Bewußtsein, daß sie von der bürgerlich-demokratischen Revolution nicht durch eine chinesische Mauer getrennt ist, im Bewußtsein, daß durch unsern Kampf entschieden wird, wie weit es uns letzten Endes gelingen wird, vorzudringen, welchen Teil unserer Siege wir festigen werden. Die Zukunft wird dies zeigen. Aber schon gegenwärtig sehen wir, daß auf dem Gebiet der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft — für ein ruiniertes, zermürbtes, rückständiges Land — Gewaltiges geleistet worden ist ... Nehmen wir zur Erläuterung einige Beispiele: Bürgerlich-demokratischer Inhalt der Revolution, das heißt Reinigung der sozialen Beziehungen (der Ordnung, der Institutionen) des Landes von den Ueberbleibseln des Mittelalters, von der Leibeigenschaft, vom Feudalismus.

Welches waren die wichtigsten Ueberbleibsel, Reste der Leibeigenschaft in Rußland im Jahre 1917? Monarchie, Ständeordnung, Grundbesitz und Grundnutzung, die Lage der Frau, Unterdrückung der Nationalitäten. Nimmt man einen beliebigen dieser Augiasställe — die nebenbei bemerkt, von allen vorgeschrittenen Staaten bei Vollziehung ihrer bürgerlich-demokratischen Revolutionen vor 125, 250 und mehr Jahren (1649 in England) nicht vollständig gereinigt worden sind —, nimmt man einen beliebigen dieser Augiasställe, so sieht man, daß wir sie ganz und gar gereinigt haben. In nur 10 Wochen, vom 7. November bis Auflösung der Konstituante (5. Januar 1918) haben wir auf diesem Gebiet tausendmal mehr getan, als die bürgerlichen Demokraten und Liberalen (Kadetten), die kleinbürgerlichen Demokraten (Menschewiki und Sozialrevolutionäre) während 8 Monate ihrer Regierung ... Um aber den Völkern Rußlands die Errungenschaften der bürgerlich-demokratischen Revolution zu sichern, mußten wir weiter vordringen und wir drangen weiter vor. Wir entschieden die Fragen der bürgerlich-demokratischen unter anderem, im Vorübergehen, als „Nebenprodukt" unserer hauptsächlichen und eigentlichen proletarisch-revolutionären sozialistischen Arbeit. Reformen, sagten wir immer, sind ein Nebenprodukt des revolutionären Klassenkampfes. Bürgerlich-demokratische Reformen — sagten und bewiesen wir durch die Tat, sind ein Nebenprodukt der proletarischen, d. h. der sozialistischen Revolution ...

Unsere letzte und wichtigste, schwerste, am meisten zurückgebliebene Aufgabe ist der wirtschaftliche Aufbau, das ökonomische Fundament für das neue sozialistische Gebäude an Stelle des zerstörten feudalen und halbzerstörten kapitalistischen. Bei dieser wichtigsten und schwersten Arbeit haben wir am meisten Mißerfolge gehabt, am meisten Fehler gemacht ... Wir haben es aber begonnen. Wir arbeiten daran. Gerade jetzt verbessern wir durch unsere „neue ökonomische Politik", eine ganze Reihe unserer Fehler; wir lernen, wie das sozialistische Gebäude in einem Lande, wo die Kleinbauern überwiegen, ohne diesen Fehler aufgeführt werden kann."

Vergleichen wir Deutschland! Die bürgerliche Demokratie hat nicht acht Monate, sie hat drei volle Jahre gehabt, um die deutschen feudal-bürokratisch-junkerlichen Augiasställe zu reinigen. Was ist erzielt? Wie weit ist auch nur die bürgerliche Demokratie gesichert? Zwei Dutzend monarchistischer Häupter sind gefallen, aber die Grundlagen der monarchistischen Ordnung sind nicht nur nicht beseitigt, sie haben sich befestigt. Sie sind eine ständig wachsende Bedrohung der bürgerlichen Demokratie. Die wilhelminische Bürokratie sitzt nach wie vor in den entscheidenden Stellen der Verwaltung. Die Heeresmacht wird befehligt von monarchistischen Offizieren. Ein fester Kader monarchistischer Offiziere in der Polizeitruppe. Offene monarchistische Paraden in Bayern. Die Justiz noch derselbe Augiasstall wie im November 1918. Ein Parlament, das die wichtigsten Entscheidungen in Geheim-Konventikeln der Parlamentarier fällt. Statt der einheitlichen Republik besteht der alte Wust der zwei Dutzend Kleinstaaten in republikanischer Form noch weiter wie am ersten Tag. Die Herrschaft der Kirche ist ungebrochen. Die kleinbürgerliche Demokratie hat feige vor ihr kapituliert.

Kurz: welchen Augiasstall des alten feudal-bürokratischen Polizeistaates Preußen-Deutschland man ins Auge faßt, er starrt vom alten Schmutz! Die bürgerliche Demokratie: nichts ist gesichert!

Und nun das Aufbauwerk der bürgerlichen Demokratie! Finanzieller Bankrott, Ausverkauf, Verschleuderung der Erzeugnisse der Arbeit ins Ausland, die arbeitenden Massen seufzend unter wachsender Teuerung.

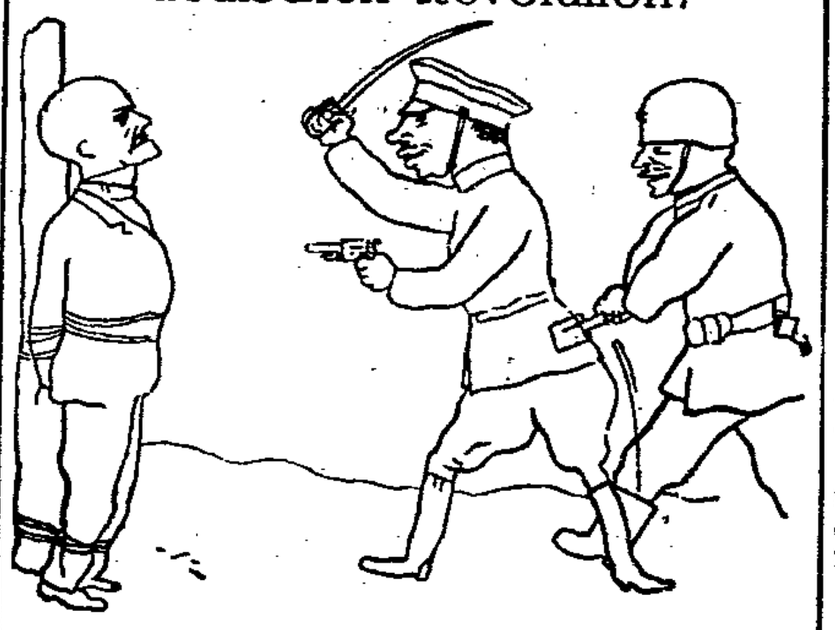
Das Gesamtergebnis dreier Jahre der Herrschaft der bürgerlichen Demokratie in Deutschland ist der vollständige Bankrott, wirtschaftlich und politisch. Die „Demokratie" nur eine Dekoration, der Untergrund der alte feudal-monarchistisch-bürokratische. Und der demokratische Weg zum Sozialismus hat geendet damit, daß das Großkapital übermächtig geworden ist, und jetzt sich anschickt, direkt den Staat sich zu unterwerfen und die kleinbürgerlichen Demokraten in die Tasche zu stecken.

Die Schlußfolgerung ist klar. Wie in Rußland, so werden auch in Deutschland die bürgerlich-demokratischen Reformen nur gesichert werden können durch die proletarisch-sozialistische Revolution. Wie in Rußland, so muß man in Deutschland zur sozialistisch-proletarischen Revolution vorstoßen, um auch nur die bürgerliche Demokratie zu sichern. Die Tatsachen haben diesen Beweis in Deutschland wie in Rußland geführt. Der Beweis dauert allerdings ziemlich länger.

Aber anders wie in Rußland wird die proletarisch-sozialistische Revolution, die aus dem Scheitern der bürgerlich-demokratischen Revolution mit Notwendigkeit herauswächst, die Aufgabe des sozialistischen Wirtschaftsaufbaus ungeheuer viel rascher, gründlicher und großartiger lösen können. Der Kampf gegen die mächtigen Konzerne und Banken unter Stinnes Leitung, wird der zweite mächtige Antrieb des Ueberganges zur proletarisch-sozialistischen Revolution sein. Beide Antriebe ausnützend, wird die Kommunistische Partei die Massen um sich sammeln zu diesem nächsten großen Schritt, und sie wird mit diesem Schritt das Werk des sozialistischen Aufbaus in Rußland entscheidend vorwärts bringen.

Keine „Revolutionsromantik": Die harten Tatsachen des Lebens liefern den breitesten Massen in Deutschland den Beweis und den Antrieb, um das Werk der deutschen Novemberrevolution, das in nichts zerronnen ist, durch die proletarische Revolution zu sichern und zu vollenden und es mit dem Ergebnis der russischen Oktoberrevolution zu verbinden.

Zum dritten Jahrestag der deutschen Revolution!



Gedenkt der Polizeiaktion des Sozialdemokraten Hörsing in Mitteldeutschland

Eine Stinnesregierung in Preußen

Die Landtagssitzung, die am Sonnabend zu 3 Uhr angesetzt war, wurde um fünf Stunden vertagt, weil es noch nicht gelungen war, die Einigung zwischen den einzelnen Parteien zustande zu bringen. Um acht Uhr war die Grundlage für die Stinnes-koalition gefunden. Nach den Vereinbarungen zwischen den einzelnen Parteien sollen übernehmen:

Das Ministerpräsidium: **Otto Braun** (Soz.)
Inneres: **Severing** (Soz.)
Finanzen: **v. Richter** (DVP.)
Landwirtschaft: **Wendorff** (Dem.)
Justiz: **Am Zehnhoff** (Ztr.)
Handel: **Siering** (Soz.)
Kultus: **Bölitz** (DVP.)
Wohlfahrt: **Stegerwald** (Ztr.) (?).

Kurz nach 8 Uhr wird die Sitzung eröffnet und zur namentlichen Abstimmung über den Ministerpräsidenten geschritten. Um 9½ Uhr wird das Abstimmungsergebnis bekanntgegeben. Es sind im ganzen 338 Stimmen abgegeben worden, davon sind 47 Stimmzettel unbeschrieben. Braun ist mit 197 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. 63 Stimmen fielen auf Winkler (Deutschn.). Die USP. stimmte für Leid.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, den 10. November, nachmittags 1 Uhr statt: Erklärung des Ministerpräsidenten und Besprechung derselben.

Das preußische Ministerium ist gebildet. Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten stellen die Minister. Der Wille von Stinnes und Stresemann war diesmal nicht zu überwinden. Das Bürgertum marschierte geschlossen auf, stellte die sozialdemokratischen Führer vor die eindeutige Frage: entweder mit ihnen oder gegen sie. Die SPD. hat das Zweite gewählt und sich gefügt. Dadurch ist die Bahn für eine Stinnes-Koalition auch im Reiche frei.

Das preußische Kabinett stellt die deutsche Arbeiterklasse vor neue Tatsachen. Es ist das erstemal im Verlauf der deutschen Revolution, daß eine proletarische Partei eine Koalition mit jenem Teil der Bourgeoisie eingeht, der offen und ungeschminkt seine gegen die Arbeiterschaft gewendeten Absichten ausspricht. Die S[illegible]sche Volkspartei als die ausgesprochene politische

Organisation der Schwerindustrie und der Großfinanz ist die Führerin aller Angriffe des Kapitals gegen die Arbeiterschaft. Eine Koalition mit dieser Partei bedeutet eine weitere Verelendung der Arbeitermassen, Aufhebung des Achtstundentages, vollständige Auslieferung des Staates an die Schwerindustrie.

Dieser Zusammenhang war den SPD.-Arbeitern klar. Die Opposition gegen den Görlitzer Beschluß, die im ganzen Reiche einsetzte, war der Ausdruck der Stimmung unter den sozialdemokratischen Arbeitern, die wie ein Mann eine Stinnes-Koalition ablehnten und die Einheitsfront des Proletariats forderten.

Die SPD.-Führer haben sich jetzt so wenig wie in Görlitz um den Willen der Arbeiter gekümmert. Die Rolle, die die SPD.-Führer jetzt übernehmen, wird zynisch offen, aber um so treffender von dem Organ der französischen Bourgeoisie, dem „Temps", charakterisiert, der schreibt:

„Es würde den Rechtsparteien nicht mißfallen, den Genossen Severing die Unruhen unterdrücken zu lassen, die man für den Winter erwarten muß. Schon im August (muß heißen: März. D. Red.) zeigt er seine starke Hand bei der Unterdrückung der kommunistischen Unruhen."

Was sind das für Unruhen, die man im Winter erwartet? Das ist jeder Versuch der Arbeiter, sich gegen den Steuerraubzug des Großkapitals zu wehren, sich der Abschaffung des Achtstundentages zu widersetzen, jeder Versuch, eine einheitliche Kampffront des Proletariats gegen die Pläne von Stinnes herzustellen.

Der Eintritt der SPD.-Führer in die große Koalition ist also eine offene Kampfansage gegn die SPD.-Arbeiter selbst. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen die Konsequenzen daraus ziehen.

Diese Konsequenz kann nur die gleiche sein, die sich für die gesamte Arbeiterklasse aus dem Zustandekommen der großen Koalition ergibt. Alle anderen Rücksichten müssen fallen, es gilt jetzt, die einheitliche Kampffront des Proletariats herzustellen um der Verwirklichung der Pläne des Großkapitals durch die Stinnesregierung geschlossenen Widerstand entgegenzustellen.

Selbst das Zentralorgan der Unabhängigen, die Berliner „Freiheit", fängt an, aufzuwachen. Sie schreibt zu dem Bündnis der Sozialdemokraten mit Stinne:

Der „Vorwärts" spricht davon, daß es sich bei der großen Koalition in Preußen um ein gewagtes Experiment handle. Es ist mehr als das, es ist ein Verbrechen an der Arbeiterklasse. Eines tut jetzt not, die Herstellung einer gemeinsamen Kampfesfront des gesamten Proletariats."

Die Kommunisten haben von vornherein erklärt, daß sie bereit sind, mit den andern proletarischen Parteien in der Vorbereitung und Durchführung proletarischer Massenaktionen eng zusammenzugehen.

Es ist jetzt an den Unabhängigen, das Gleiche zu tun und durch die Tat zu zeigen, wie sie es mit der Verwirklichung der Einheitsfront meinen.

Den praktischen Beweis dafür werden die Lohn- und Steuerkämpfe liefern. Die Taktik in den Gewerkschaften muß auf die Sammlung zum Kampfe eingestellt sein. In den Steuerkämpfen handelt es sich darum, ein enges Zusammengehen für die Durchführung der Erfassung der Goldwerte herzustellen.

Eine kühne und entschlossene Politik wird auch die SPD.-Arbeiter mit hinreißen, deren Wille durch ihre Führer mißachtet worden ist, die in Zielen gleich gehen mit der übrigen Arbeiterschaft.

Sozialdemokratische Pressestimmen zur Stinneskoalition in Preußen.

Die Chemnitzer „Volksstimme" schreibt über die preußische Regierungsbildung:

„Alle Warnungen, alle Versprechungen der letzten Tage, auch die offen extremreaktionäre Haltung der Volkspartei im Reiche verfingen nicht. Ohne jede Notwendigkeit, selbst vom Standpunkte derer, die es für die Sozialdemokratie unbedingt für besser halten, in der Regierung zu sitzen, als die Opposition zu bilden, wurde die berüchtigte „große Koalition" gebildet. . . . Wäre die Fraktion wenigstens insoweit fest geblieben, daß sie „zurzeit" die Koalition abgelehnt hätte, dann hätte man vom Druck der Massen erwarten können, daß er einen Strich durch ... Gedanken der „taktischen Wendung" nach rechts gemacht hätte. Wenn nicht im letzten Augenblick noch ein Wunder geschieht, so stehen unsere Genossen vor einer vollendeten Tatsache und können nichts anderes, als ihre Landtagsabgeordneten zur Verantwortung ziehen und den Austritt unserer Partei aus der neuen Regierung von dem Augenblick ab erzwingen, in dem sich zeigt, daß sie die Görlitzer Bedingungen nicht erfüllt. . . .

Demokraten und Zentrum riskieren bei kommenden Wahlen, ihren proletarischen Anhang zu verlieren, wenn die Sozialdemokratie in der Opposition steht. Sie wünschen wohl eine möglichst weitgehende Orientierung der Politik nach rechts und wollen deshalb den Anschluß an die Volkspartei nicht entbehren, aber nur wenn die Sozialdemokratie diese Politik mitmacht. Dann wird die Sozialdemokratie und ihre Angriffskraft so geschwächt wie in Berlin, wo unsere Partei zwischen Landtags- und Stadtverordnetenwahl 80 000 Wähler verlor, und in Baden, wo Tausende von proletarischen Wählern nicht zur Wahl gingen. Große Aufgaben und selbst politische Kleinarbeit gelingen nur durch Begeisterung. . . .

Wir sehen hoffnungsfreudig in die Zukunft. Wir sind die Partei der Millionen und nicht die der 46. Nicht die Atmosphäre des Fraktionszimmers, sondern die der Arbeiterversammlungen wird die Partei beherrschen. Just dadurch, daß die neue Taktik der Fraktion auf die Spitze getrieben wird, wird sie in ihr Gegenteil ausschlagen. Aus den Tiefen des darbenden Proletariats ringt sich die Politik der Sozialdemokratie schließlich durch. Nicht außerhalb unserer Partei, sondern in ihr ist jetzt der Platz für jeden, der den Klassenkampf als den Hebel alles Kulturfortschrittes erkennt."

„Die französische Regierung in Deutschland."

Moskau, 6. November.

Unter diesem Titel schreibt Radek in der „Prawda" zur neuen, französisch orientierten Regierung in Berlin, in der die deutsche Volkspartei nicht vertreten ist:

Die Entstehungsgeschichte dieser Regierung gibt ein interessantes Bild allmählicher politischer Zersetzung in Deutschland, ein Schulbeispiel des Verschwindens der deutschen Bourgeoisie als selbständige politische Macht. Wie bekannt, versuchte England schon im Mai, die Stresemann-Partei in die deutsche Regierung hineinzubringen, nicht nur um die deutsche Politik zu stabilisieren und die Regierungsbasis nach rechts zu erweitern, sondern um ein Gegengewicht zur französischfreundlichen Rathenau-Wirth-Bildung zu schaffen. Die Regierung von 60 Millionen Deutschen sollte von England bestimmt werden, ohne daß sich die öffentliche Meinung Deutschlands dagegen empörte. Doch dieser Plan mißlang. Der Grund dieses Mißlingens waren die Verhandlungen zwischen Frankreich und England anläßlich der Washingtoner Konferenz. England verpflichtete sich, der französischen Politik in Deutschland nicht zuwiderzuhandeln, Frankreich versprach Amerika in Washington nicht gegen England zu unterstützen. So verlor die Deutsche Volkspartei die englische Unterstützung und Frankreich wurde Herr in Berlin. Scheidemann hat sich in Görlitz umsonst kompromittiert. Die neue Berliner Regierung kann stolz im Namen des demokratischen Deutschland auftreten, denn England erklärte sich damit einverstanden. Aehnliche Zustände gab es früher in der Türkei, Marokko, China und Persien. Jetzt bestehen diese Zustände in Mitteleuropa, im Zentrum der Weltkultur.

Der Schacher.

Wie die große Koalition zustande kam.

Die Nachrichten, die allmählich über das Zustandekommen der Koalition bekannt werden, lassen erst den eigentlichen Zweck der großen Koalition in Preußen erkennen. Sie soll nichts anderes als die Einleitung für die noch größere im Reich abgeben. Damit ist auch das Eingreifen Stresemanns in die Verhandlungen erklärt. Der Handel ging nämlich keineswegs glatt vonstatten. Volkspartei und Sozialdemokraten konnten sich anfangs über die Verteilung der Ministerposten nicht verständigen. Die „Voss. Ztg." meldet darüber:

In der Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei war die Stimmung zunächst so, daß die große Koalition an der Frage der Verteilung der Ministersitze zu scheitern drohte. Einerseits schien der Volkspartei Otto Braun als Landwirtschaftsminister unerträglich, andererseits wollte sie ihn auch nicht als Ministerpräsidenten haben. Wie man hört, ergab die erste Abstimmung in der Fraktion Einmütigkeit in der Ablehnung beider Listen. Erst dem Eingreifen des Abgeordneten Dr. Stresemann, der in längeren Ausführungen die wichtigen prinzipiell-politischen Gesichtspunkte in den Vordergrund rückte, soll es zuzuschreiben sein, daß in der Fraktion schließlich die Ueberzeugung durchdrang, man dürfe an Personenfragen den Gedanken der großen Koalition nicht scheitern lassen. Von anderen Rednern wurde hervorgehoben, daß Otto Braun als Landwirtschaftsminister für die Fraktion zwar nicht annehmbar sei, daß er aber, auf das mehr formale und repräsentative Amt des Ministerpräsidenten beschränkt, zu tragen sei, daß es immerhin als ein politischer Erfolg zu buchen wäre, wenn die Sozialdemokratie nicht drei, sondern außer dem Ministerpräsidenten nur zwei wichtige Portefeuilles im Kabinett besetze, darunter das Handelsministerium mit dem Abg. Siering, der von jeher ein Verfechter des Gedankens der großen Koalition gewesen sei.

Die Arbeiter mögen sich diese Offenherzigkeit merken. Man hat dem Sozialdemokraten Braun nur deswegen das Ministerpräsidium überlassen, weil es eben nur ein „formales, repräsentatives Amt" sei, und Herr Braun daher nichts zu sagen haben werde. Nicht anders ist es mit Herrn Siering. Eine der Deutschen Volkspartei vollständig genehme Person, weil er schon „von jeher ein Verfechter des Gedankens der großen Koalition gewesen sei". Die sozialdemokratischen Arbeiter wissen nun, wie der Einfluß ihrer Partei im neuen Ministerium gesichert sei.

Große Koalition auch in Württemberg.

Die Regierungsumbildung in Württemberg durch den Eintritt der Sozialdemokraten in das Kabinett ist jetzt erreicht. Der „Staatsanzeiger" wird, wie der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" erfährt, heute den Rücktritt des Arbeits- und Ernährungsministers Schall und die Uebernahme dieses Ministeriums durch den sozialdemokratischen Reichs- und Landtagsabgeordneten Keil veröffentlichen.

Die preußischen Vorgänge wirken sich bereits im Reiche aus. In Württemberg weigerten sich bisher die Sozialdemokraten, zusammen mit den Rechtsparteien die Regierung zu bilden. Nun glauben sie, freie Bahn zu haben. Auf das System Wiesbaden folgt das System Preußen. Im ganzen Reich soll die Arbeiterschaft der Deutschen Volkspartei ausgeliefert werden.

Gegen die Orgesch.

Sozialistische Demonstration in Halle.

Halle, 5. November 1921.

Für Sonntag morgen 11¼ Uhr haben die Orgesch-Parteien eine Massenversammlung in einem der größten Säle Halles einberufen, in der General v. Lettow-Vorbeck reden soll. Der Stahlhelmbund hat gleichzeitig seine Mitglieder, die ausnahmslos mit Gummiknüppeln und wahrscheinlich auch mit anderen Waffen ausgerüstet sind, mobilisiert und wird zu der Versammlung aufmarschieren. Die Hallesche Arbeiterschaft befindet sich infolge dieser Provokation in größter Erregung. Das Gewerkschaftskartell in Halle und die Vertreter der KPD., USP. und SPD. haben heute in einer gemeinsamen Sitzung beschlossen, zu Sonntag vormittag 10½ Uhr die gesamte Hallesche Arbeiterschaft zu einer Demonstration gegen Teuerung, Wucher und Reaktion nach dem Roßplatz aufzurufen.

Die Entthronung der Habsburger.

(TU.) Budapest, 7. November.

Unter großer Bewegung wurde heute in der Nationalversammlung das Gesetz bezügl. der Entthronung der Habsburger in zweiter Lesung angenommen. Die dritte Lesung erfolgt morgen, Sonntag. Ein Antrag des Abg. Rassay, wonach die Habsburger von einer künftigen Abstimmung ausgeschlossen sein müssen, wurde mit dem Hinweis darauf abgelehnt, daß ohnedies das Herrscherrecht des Hauses Habsburg als erloschen zu betrachten ist. Aus der Mitte der kleinen Landwirte erfolgte der Ruf: „Wir wollen einen englischen Prinzen!" Die ungarische Regierung hat ihre Demission eingereicht, das Kabinett wird eine Umgestaltung erfahren.

Die Revolution.

Satyrische Novelle von Eugen Paul (Prag).

Unlängst hatte ich einen seltsamen Traum. Ich will ihn hier zum Besten geben.

Es war im Extrazimmer des Wirtshauses „Zur Roten Nelke". Da saßen am langen Tische an zwei Dutzend Sozialdemokraten und tranken Bier. An der Spitze des Tisches hatte ein ehrwürdiger Gelehrter Platz genommen. Er hatte ein von einem Bart umrahmtes Gesicht, das an Marx erinnerte, trug eine Hornbrille und sprach über Revolution. Er hatte einen dicken Stoß Bücher vor sich, sprach mit Ueberzeugung und dennoch ruhig und gelassen. Nicht alles, was er sagte, habe ich im vom Traum umnebelten Gedächtnis behalten, aber der Schluß seines Vortrages ist mir in klarer Erinnerung geblieben: „Die Revolution wird ganz gewiß kommen! Vielleicht viel früher, als mancher bürgerlicher Wissenschaftler es sich träumen lassen würde! Wir Sozialdemokraten wissen es, daß sie kommen muß — mit derselben Naturnotwendigkeit und Unabwendbarkeit, mit der der Frühling dem Winter folgt. Und wir dürfen mit Genugtuung feststellen: Wir Sozialdemokraten, wir sind bereit! Sie mag kommen, die Revolution, morgen oder übermorgen, wir stehen bereit, das historische Erbe der sich überlebten Bourgeoisie anzutreten . . ." Die Anwesenden nickten zustimmend, ja, einige erhoben sich von ihren Sitzen und schrien enthusiastisch: „So ist es! Wir stehen bereit!"

Da geschah etwas, was man im wachen Zustande mit dem Blitz aus heiterem Himmel zu vergleichen pflegt. Im Traume freilich unterläßt man solche Vergleiche und nimmt die unnatürlichsten Dinge als selbstverständlich hin. Also während die begeisterten Zurufe noch anhielten, kam ein Mann hereingestürzt, den ich zwar nicht kannte, in dem ich aber mit meinem Scharfblick, der mich im Traume nie im Stich läßt, sofort den sozialdemokratischen Parteisekretär erkannte. Er war außer Atem, die von Schmerz verzerrten Züge seines Gesichtes spiegelten namenloses Entsetzen. Er sank auf einen leeren Stuhl, und von den Anwesenden um Aufklärung bestürmt, gab er keuchend zur Antwort: „Die Revolution ist ausgebrochen!" Die Anwesenden wichen entsetzt zurück. Sie glotzten ihn ungläubig an. Er sah sich gezwungen, konkrete Angaben zu machen: „Sie haben die Regierung verhaftet, am Parlamente weht die rote Fahne, das 34. und 37. Regiment hat seine Offiziere totgeschlagen und sich den Arbeitern angeschlossen . . ." Sie glaubten ihm nicht! Sie hielten ihn für wahnsinnig! Aber schon wird — was doch der Traum für ein ausgezeichneter Bühnenregisseur ist — ein dumpfes Grollen hörbar: Die Volksmasse nähert sich. Die im höchsten Maße bestürzten Sozialdemokraten beratschlagen, was zu tun sei. Aber es fällt ihm nichts Gescheites ein. Nein, das ist eine ganz neue, eine noch nie dagewesene Situation! Einer von ihnen will sich entfernen, um — wie er sagt — das Volk zu beruhigen. Aber die anderen halten ihn bei den Rockschößen zurück: „Willst wohl noch bekannter Gewerkschaftsmanier ausreißen? Daraus wird nichts, mein Lieber! Gerade du, als Gewerkschaftsführer hast die Pflicht, dazubleiben, statt davonzulaufen." Es ist inzwischen auch schon zu spät geworden zum Davonlaufen! Die Volksmasse hat sich bereits dicht an das auf die Straße schauende Fenster des Extrazimmers herangewälzt, ich höre — im Traume natürlich — deutlich die Klänge der Internationale. Zwischendurch werden Rufe laut: „Unsere Führer sollen sprechen! Wo sind unsere Führer? Hoch die revolutionäre, internationale, welterlösende Sozialdemokratie!"

Es folgen entsetzliche Szenen! Ein wahres Glück, daß so etwas nur im Traume vorkommen kann! Es war klar, daß mindestens einer der anwesenden Führer zum Volke sprechen mußte. Aber wer? Und was? Wenn man nur wissen, nur ahnen konnte, wie die Dinge sich weiter entwickeln werden! Die Mehrheit der Anwesenden ist dafür, daß der sozialdemokratische Gelehrte ans Fenster trete und spreche. Dieser lehnt aber mit der größten Entschiedenheit, fast entrüstet, ab. Er sei Theoretiker und verstehe von der Praxis nichts! Darauf werfen sich alle gegen den schon erwähnten Gewerkschaftssekretär: „Du besitzt Autorität bei der Masse! Du verstehst es am besten, in der Sprache des Volkes zu sprechen! Du mußt also sprechen!" Aber er will nicht. Er macht gegen den sozialdemokratischen Parteisekretär scharf: „Revolution ist eine Sache, die die Gewerkschaften 'nen Schmarrn angehen" — sagt er mit viel Feuer und Ueberzeugung. „Revolution ist eine politische Sache! Du, als Vertreter der sozialdemokratischen Partei mußt das Wort ergreifen!" Doch auch dieser sträubt sich! Er meint, er sei nicht bevollmächtigt, in einer so ganz neuen, noch nie dagewesenen Angelegenheit Stellung zu nehmen! Es müsse sich erst der Parteivorstand mit der Angelegenheit befassen, oder gar der zu diesem Zwecke einzuberufende außerordentliche Parteikongreß!

Allein die Volksmenge läßt nicht locker. Sie ist unerbittlich. Immer lauter, immer drohender wird ihr Ruf nach den Führern. Mit einer Geste edelster Selbstaufopferung springt der Parteisekretär endlich ans Fenster, beugt sich hinaus und beginnt zu sprechen. Was er sagt? Schade, unter bemerkt irgendwo, der Traum sei ein Buch, und der Träumende schlage darin bald ein schon gelesenes, bald ein noch ganz unbekanntes Blatt auf. Ich habe in diesem Abschnitte meines grausamen Traumes ein schon gelesenes Blatt aufgeschlagen! Denn der Parteisekretär — der mir nun mit einem Male wieder als ein alter Bekannter vorkommt — hält eine Rede, die ich schon früher einmal von ihm gehört habe. Es war, wenn ich nicht irre, gelegentlich eines Generalstreiks, im Laufe dessen die Menge sich der Fabriken bemächtigt und durch ihr rabiates Vorgehen den Kapitalisten und Behörden ernste Furcht eingejagt hatte. Damals hielt auf Ersuchen des zu Tode erschrockenen Polizeipräsidenten der Parteisekretär dieselbe Rede, die er nun in meinem Traume wörtlich wiederholte. „Ihr habt gezeigt, daß ihr die Kraft besitzt, euren Willen zum Siege zu verhelfen! Ihr habt gezeigt, daß ihr nur zu wollen braucht, und die ganze auf Bajonetten und Pfaffenlügen aufgebaute kapitalistische Weltordnung zerfällt wie mürber Zunder. Nun aber geht nach Hause! Ihr habt bewiesen, daß ihr am Posten seid, daß die Sozialdemokratie auf euch rechnen kann, wenn die Stunde der Befreiung geschlagen haben wird. Dröhnt nun noch einmal den vor eurer Macht zitternden Ausbeutern die gewaltigen Akkorde der Internationale in die Ohren, und dann zeigt, daß ihr proletarische Disziplin zu halten versteht und daß ihr euch von den nach Proletarierblut lechzenden Behörden nicht provozieren laßt. . . ."

Und nun geschah etwas, was bisher selbst im Traume nie geschehen war! Es geschah, daß der sozialdemokratische Parteisekretär die Masse nach Hause schickte, diese aber den Gehorsam verweigerte. Zuerst ertönen nur Rufe wie: „Wir lassen uns nicht nach Hause schicken! Es lebe die Revolution!" Bald aber wird die Wirksamkeit dieser Rufe durch Steinwürfe erhöht. Ein Stein trifft den heftig gestikulierenden Parteisekretär an der Nase, so daß das Blut hervorquillt. Er verschwindet sofort hinter dem Vorhang des Fensters, worauf — was man doch manchmal für dummes Zeug träumt — die Anwesenden im Chore laut durch das Fenster hinausrufen: „Polizei! Polizei! Hilfe! Hilfe!

Langsam öffnete ich die Augen. Die Hilferufe tönten noch, aber sie kamen diesmal von meinem kleinen Töchterchen, das mit seiner Puppe „Räuber" spielt und ganz entrüstet ist, daß der an mein Bett gelehnte „unzerbrechliche" Wachmann trotz seiner gellenden Hilferufe keine Miene macht, zur Hilfe zu eilen. Erleichtert atme ich auf. Ich war ernstlich besorgt um den unschuldigen sozialdemokratischen Parteisekretär, um den braven Gewerkschaftsführer und um den nicht minder braven, gelehrten Nur-Theoretiker. Die armen Leutchen! Man denke sich doch, wie das werden soll, wenn so eine Revolution in Wirklichkeit kommt. . . .

Genosse Brandler frei.

Genosse Brandler ist vor 8 Tagen aus dem Gefängnis in Gollnow „geflüchtet“ Ein bürgerliches Nachrichtenbüro bringt darüber folgende Einzelheiten:

Am Sonnabend, dem 29. Oktober, erbat Brandler vom Direktor des Gefängnisses abermals Urlaub, der ihm auch anstandslos bewilligt wurde. Als er abends zur festgesetzten Stunde nicht zurückgekehrt war, schöpfte man verdacht und stellte zunächst in der Stadt Nachforschungen nach ihm an. Als der Vermißte auch am folgenden Sonntag nicht erschienen war, wurde es der Direktion des Gefängnisses klar, daß der Kommunistenführer das Weite gesucht hatte. Die bisherigen Nachforschungen haben ergeben, daß Brandler, der wahrscheinlich in Gollnoch selbst Helfershelfer gehabt hat, allem Anschein nach nicht vom Bahnhof Gollnow abgefahren ist, sondern daß er eine der nächsten Nachbarstationen aufgesucht und sich von dort wahrscheinlich nach Danzig gewandt hat. Von Danzig aus wird Brandler wohl zu Schiff nach Sowjetrußland geflüchtet sein.

Den Schlußsatz können wir im Augenblick auf seine Richtigkeit nicht nachprüfen. Sollte Genosse Brandler tatsächlich in Moskau sein, dann wird er bestimmt bald von sich hören lassen.

Ausnahmerecht für Kommunisten.

Der Kreistag des Kreises Osthavelland hatte in seiner Sitzung vom 28. Mai d. J. den Eisenbahnarbeiter Fenz zum Amtsvorsteher des Amtsbezirkes Dyrotz gewählt. Darauf erhielt der Landrat folgende Verfügung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg:

Der auf dem Kreistag am 28. Mai 1921 gewählte Bahnarbeiter Fenz, Wustermark, kann gemäß dem Erlaß des Ministers des Innern vom 16. Juni 1921 — IVa 496 II — als Amtsvorsteher nicht bestätigt werden.

Daraus ist zu ersehen, daß zwar der preußische Minister des Innern, Dominicus, aus dem Ministerium ausgeschieden ist, daß aber seine Erlasse, die ein Ausnahmerecht für Kommunisten schufen, immer noch weiter leben. Sein Nachfolger, Herr Severing von der SPD., wird als treuer Diener der Bourgeoisie nicht daran denken, die reaktionären Erlasse seines Vorgängers aufzuheben, sondern wird weiterhin dafür sorgen, daß Kommunisten „Bürger 2. Klasse“ bleiben. Hoffentlich werden die Arbeiter, deren Vertreter man auf diese Weise ausgeschaltet hat, daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen, wenn sie ihrerseits zur Leistung staatsbürgerlicher Verpflichtungen herangezogen werden sollen.

Wie es bei „Roßbach“ zugeht.

Ueber die Zustände bei den sogenannten „Arbeitsgemeinschaften“, wie Roßbach usw., gibt folgender Brief Aufschluß, der uns zur Verfügung gestellt wurde. Wir verschweigen die Namen der in die Hände der deutschen Werber gefallenen jungen Menschen, um ihre entsetzliche Lage nicht zu verschlechtern.

Edwardshof/Granow.

Lieber Kurt!

Erst heute komme ich dazu, Dir auf Deine Bitte hin zu schreiben. Ich hatte es in Berlin besser wie hier. Es ist nicht ratsam, aufs Geratewohl von zu Hause fortzulaufen; denn ich kann es sagen, ich bin ausgerückt. Wie Du wohl weißt, sollte ich nach Posen fahren. Unterwegs erreichte mich die Nachricht, daß ich in Küstrin bis auf weiteres bleiben sollte. In Küstrin erhielt ich eine Fahrkarte in die Hand gedrückt. Diese berechtigte mich, den Eisenbahnfiskus bis Bernstein mit meiner Anwesenheit zu beehren. Hier wurde ich abgeholt mit einem Dungwagen. Wir haben keine freie Minute Zeit. Es wird gedrillt von 6 Uhr früh bis 7 Uhr abends. Also 15 Stunden, achtstündige Arbeitszeit kennen die Leute hier nicht. Die ersten zwei Tage mußten wir zum Schein Landarbeit verrichten. Am dritten Tag erfuhren wir, wozu wir erlesen sind. Es herrscht hier ein Unteroffizierston. Zeitweilig gibt es auch Schläge. Abends dürfen wir nicht fortgehen. Heute, Sonntag, sitzen wir in der Stube und haben Stunde. Geländeübungen gibt es auch. Ich soll es wenigstens ein Jahr aushalten. Am 1. November bin ich, wenn mir das Auskneifen gelingt, wieder bei Euch in der 8. Lehrlingsabteilung. Ich habe es meinen Eltern besser geschildert, als es ist, denn dieselben würden Schritte unternehmen, die mehr schaden als nützen würden, und mir würde es die letzte Zeit noch schlechter gehen. Ich würde mich sehr freuen, wenn ich mal Antwort bekommen würde. Für jede Nachricht besten Dank. Den Brief schreibe ich bei Kerzenlicht. Jeden Moment kann die Nachtwache kommen, dann ist es aus. Meine Adresse: ..... (Name), Edwardshof b. Granow, P. Bernstein.

Auf einem dem Briefe beiliegenden Zettel heißt es weiter:

N.B. Fast jeden Tag gibt es Schläge. Wir haben alle schon Fluchtpläne erwogen. Gefallen tut es keinem. Den ganzen Tag heißt es: Ach, wenn wir bloß nicht hierher geraten wären! Falls wir abends singen, gibt es nächsten Tag bestimmt Schläge. Ich habe meine Stubengenossen aufgefordert, dieses zu beglaubigen. Sie werden es am Schluß dieses Zettels tun. Halt, noch eins, wir schlafen jetzt zwei Mann in einer Kiste, die diese Leute Bett nennen. Zwei Betten sind übereinander geordnet. Bettgenossen gibt es haufenweise, solche kleine Tierchen.

Es grüßt

Dein Türngenosse ..... (Unterschrift).

Eben haben sie mir die Tinte fortgenommen, damit ich nicht aus der Schule plaudere. Vergiß den Gruß an die 1. Abteilung nicht, auch nicht an Deine Schwester.

Obiges beglaubigt durch Namen und Unterschrift.

(5 weitere Unterschriften.)

Beim Lesen dieses Briefes glaubt man sich in die Zeit des 18. Jahrhunderts versetzt, in der sich die armen, in die Hände der königlich preußischen oder anderer fürstlicher Lumpen von Werbern gefallenen Handwerksburschen und Bauernsöhne vergeblich bemühen, aus der militärischen Sklaverei zu befreien. Nicht genug damit, daß die Reaktion sich das Lumpengesindel der ganzen Welt zum Proletariermord zusammengesucht hat, versucht sie jetzt auch in Not geratene Arbeiter, oft noch halbe Kinder, ihren Zwecken gefügig zu machen. Wenn die Regierung nicht bald gegen diese alle Schrecken der Fremdenlegion in den Schatten stellende Barbarei einschreitet, muß die Arbeiterschaft selbst diese Nester ausheben.

Scheidemann über die Stinneskoalition.

Im April dieses Jahres hielt Philipp Scheidemann in Mannheim eine Rede, in der er das Folgende sagte:

„Angesichts der Zustände im Innern steht jede Reichsregierung vor den schwersten Aufgaben. Diese Aufgaben können aber nur von einer Regierung gelöst werden, die die nötige Autorität hat. Autorität kann aber nur eine solche Regierung haben, die das Vertrauen des arbeitenden Volkes in Deutschland genießt, die in dem demokratisch gesinnten Volke wurzelt. Vertrauen kann das Volk aber nicht haben zu einer Regierung, in der Männer sitzen, die nicht einmal auf dem Boden der Verfassung stehen, die die Verfassung vor aller Welt abgelehnt haben. Oberste Aufgabe der Regierung ist der Schutz und die Durchführung der Verfassung. Wie kann eine solche Aufgabe gelöst werden von Angehörigen einer Partei, die die in der Verfassung anerkannte Republik schützen und aufbauen soll, während sie selbst monarchistisch ist. Der Fuchs als Schützer des Hühnerhofes — das ist die Deutsche Volkspartei als Mitglied der republikanischen Regierung. Damit bin ich bei einer der aktuellen Fragen der deutschen Reichspolitik angelangt. In der Reichsregierung sitzen neben Demokraten und demokratischen Zentrumsmännern die Genossen der Herren Stinnes und Stresemann. Könnte etwas an einer solchen Regierung gebessert werden im Landesinteresse durch Zutritt von Sozialdemokraten? Ich sage nein! Eine Besserung wäre das nur für die übrigen Parteien, denen die Sozialdemokraten den schwersten Teil der Verantwortung abnehmen würden, ohne selbst irgendwelchen erheblichen Einfluß ausüben zu können. Je einheitlicher eine Regierung gebildet ist, um so besser wird sie arbeiten. Je mehr eine Regierung in ihrer Grundauffassung auseinandergeht, um so unbefriedigender wird sein, was sie schafft oder — nicht schafft. Kommt gar zu der Verschiedenheit der Auffassung auch noch die Unehrlichkeit, dann hat eine solche Regierung keine Existenzberechtigung. Ich erinnere an die Sozialisierungsfragen. Die volksparteilichen Regierungsmitglieder erklären sich einverstanden mit bestimmten Sozialisierungsabsichten, während die Deutsche Volkspartei sich glatt dagegen aussprach (Stinnes). Mit den jungen Leuten des Herrn Stinnes eine Regierung etablieren — Nein! Die Unternehmungen des Herrn Stinnes gleich mit dem Bergbau sozialisieren — ja! Mit Herrn Stinnes oder seinen Leuten eine Regierung zu bilden — wir sagen: Nein!“

So sprach Scheidemann vor sechs Monaten. Und in der Zwischenzeit hat sich weder Stinnes noch Stresemann gewandelt. Dagegen die SPD.-Führer. Sie bilden eine Regierung mit der Deutschen Volkspartei, sie tuen es entgegen dem ausdrücklichen Einspruch der Mitglieder, die sich eindeutig gegen den Görlitzer Beschluß entschieden haben.

Die Währungskatastrophe.

Der Dollar 290!

In New York sank die deutsche Mark auf 0,39 Cents. Dies entspricht einem Dollarwert von 256½. An der Berliner Börse erreichte der Dollar heute in den Vormittagsstunden 280, in den Mittagsstunden

290—305.

Da die Nachfrage nach fremden Devisen noch weiterhin sehr groß ist, so ist mit einem weiteren Sinken der Mark zu rechnen. Polnische Noten stiegen bis auf 11, französische auf 2050, das englische Pfund bis auf 1080.

Die Wirkungen auf die Ernährungswirtschaft.

Im letzten Wochenbericht des Deutschen Landwirtschaftsrats heißt es:

„Der Marksturz machte sich besonders für den ganzen Westen und Süden unseres Landes insofern fühlbar, als dort die sonstigen Zukäufe ausländischen Getreides und ausländischer Futtermittel bei solchen Devisenpreisen nicht mehr erworben werden konnten. Die Folge davon war, daß West- und Süddeutschland sich mit verstärkter Kaufkraft Mittel-, Nord- und Ostdeutschland zuwandten und durch ihre dringlichen Anschaffungen und durch die

willige Bezahlung jeder Forderung

die gesamte Preisbewegung noch besonders scharf nach oben ins Treiben brachte.

Die heutigen Preise lauten nach dieser Quelle für 1 Tonne in Mark:

	1913	Heute (Berlin)	Steigerung	Weltmarktpreis einschließl. Fracht	
Weizen . .	198	6800	34fach	9 000	Chicago
Roggen . .	164	5300	33 „	7 500	„
Hafer . . .	162	5300	34 „	6 200	„
Gerste . . .	157	7200	45 „	10 500	Rotterdamm
Kartoffeln .	48	1600	32 „	—	

Nach der gleichen Quelle beträgt der Milchpreis im Kleinhandel heute 5 Mark (fast 30fache Steigerung); der Preis für Butter im Großhandel bis 40 Mark für den Zentner (30fache Steigerung). Die Isolierung Deutschlands vom Weltmarkt bedeutet nicht nur schrankenloses Anziehen der Hungerpreise, sondern unmittelbare Bedrohung der Ernährungswirtschaft, da die deutsche Ernte nicht ausreicht. Dazu kommt noch die wachsende Verwendung von Kartoffeln und Getreide als Futtermittel und die Verschiebung großer Mengen ins Ausland.

Die Angst vor dem Bankerott Deutschlands.

(TU.) Paris, 7. November.

Die Reparationskommission wird am Dienstag nach Berlin abreisen. Der „Matin“ schreibt, daß die gestrige Note der Kommission, in der sie ihre Abreise anzeigt, einen Kommentar verdient. Es stehe außer Zweifel, schreibt die Zeitung, daß Deutschland sich anschickt, Bankrotte zu machen. Die Zeitung erklärt, daß sie bereits vor Wochen auf diese Möglichkeit aufmerksam gemacht habe und wirft der Reparationskommission vor, nicht die nötigen Vorsichtsmaßregeln getroffen zu haben. Die Kommission reist am Dienstag nach Berlin ab und wird an Ort und Stelle die nötigen Studien machen.

*

Die Beobachtungen der französischen Kapitalisten — englische und amerikanische Kapitalisten haben, wie wir neulich berichteten, die gleiche Sorge — sind insofern richtig, als das deutsche Schwerkapital tatsächlich mit dem Bankrott Deutschlands spielt. Um seine Machtgelüste innerhalb Deutschlands zu verwirklichen und die Staatsmaschinerie und die Staatsbetriebe Stück um Stück in seine Hand zu bekommen hat es die Regierung durch das Spiel mit der „Kreditaktion“, den Sturz der Markwährung, tatsächlich bis hart vor den Bankrott geführt.

Die Befreiung der ungarischen Revolutionäre.

(Intel) Moskau, 7. November.

Der erste Transport der ungarischen Kommunisten und Sozialisten — 59 an der Zahl — ist in Moskau eingetroffen. Die ehemaligen Funktionäre der ungarischen Räteregierung werden, da sie durch die jahrelange Kerkerhaft vollkommen entkräftet sind, in Sanatorien untergebracht und später in der Landwirtschaft und Industrie Verwendung finden.

Wirbelsturm.

Roman von Andor Nagy.

Aus dem ungarischen Manuskript übertragen von Stefan J. Klein

4] Nachdruck verboten.

„Warten Sie! Warten Sie!“ — Lola lief ans Telephon — „benützen Sie unser Auto, Sie können doch nicht zu Fuß gehen!“

„Nein, das geht nicht! Das Auto würde angehalten, auf der Straße fortgenommen, ich würde ausgeladen, vielleicht sogar verprügelt.“

Er stülpte den Rockkragen auf, schlang sich das Taschentuch um den Hals, drückte sogar seinen Hut ein, alles mit größter Geschwindigkeit.

„So ists richtig“, — sagte er — „proletarierhaft! Nur so kann man sich jetzt auf der Straße zeigen.“

Er hastete fort. Rief aus der Tür zu Lola zurück:

„Reisen auch Sie fort! Wenn's geht noch heute. Beeilen Sie sich!“

Er legte die Hand an den Mund, flüsterte so:

„Nehmen Sie Geld mit, soviel Sie können! Und Ihren Schmuck!“

Dieser Blitz, der urplötzlich ins Abel-Palais eingeschlagen, ernüchterte Lola jählings: Mit einem Male hatte sie auf die Hunde, das Huhn, auf Abel vergessen. Szomolanyis Rat befolgte sie nicht sofort — sie hatte dem Abel-Vermögen zuliebe bereits vielmehr aufs Spiel gesetzt, als daß sie eilends mit einigen Schmuckgegenständen durchgegangen wäre. Sie telephonierte zwei Freundinnen an, die sie zutiefst haßte, weil sie ihre Rivalinnen gewesen waren, und die sie seit ihrer Ehe nicht gesehen hatte. Doch wußte sie bestimmt, diese beiden würden bereits orientiert sein. Das Telephon funktionierte nicht. Sie rief den Diener.

Und sie sah mit Erstaunen, der Kerl sei nicht mehr im geringsten demütig, sei so vertraulich und freundlich, daß dies fast als Frechheit betrachtet werden konnte. Da sich der Diener zu den betreffenden Damen begeben hatte, erschienen auch schon die Zofe und die Zimmermädchen, erklärten, nicht länger in den Mansardenzimmer wohnen, das zweite Stockwerk beziehen zu wollen.

„Seid ihr verrückt geworden?“ — fragte Lola, aber nicht wütend, sondern vielmehr mit einem Gesicht, wenn man etwas vollkommen lustiges, unglaubliches hört.

Die Mädchen lachten fröhlich.

„Wissen Sie es denn nicht?“ — sprachen sie — „nun werden wir die Herren sein!“

„Was ihr nicht sagt! Bei Gott, das ist nett!“

„Nicht wahr?“ — lachten die Mädchen abermals und ließen Lola allein.

Die Köchin kam, erklärte, sie gehe fort, es verlohne sich nicht, im Dienst zu bleiben, die Herrschaften werden ohnehin nichts zu kochen haben, so sagte man im Gewerkschaftshaus, sie aber koche bloß für Herrschaften, die was zu kochen haben.

„Ein reizendes, kleines Kabarett!“ —dachte Lola und lachte mit kurzem, abgerissenem Gekicher.

Voll Ungeduld erwartete sie ihre Freundinnen Fifi und Mangi. Nun, da sich diese unverständlichen Ereignisse auf sie derart stürzten, fühlte sie mit nervöser Unruhe, sie befände sich auf einem fremden Gebiet, und ihr ist, als ob sie taub wäre, sie sieht wohl, daß draußen etwas geschieht, doch vermag sie die Stimmen nicht zu unterscheiden. Wie furchtbar ist es, daß sie mit diesem Menschen so abgeschlossen hier gelebt, wie Tote in einer Gruft! Gar gewaltig empfand sie jetzt, sie gehöre mit ihrer Wurzel in jene andere Welt, die gierig und fiebrig lebt und die sich draußen befindet, im Schaufenster, vor aller Augen ausgebreitet und mit tausendfältigem Interesse verknotet. Ach, dort weiß man stets alles — regte sie sich auf und hüpfte im Zimmer hin und her. In verworrenen, zerfetzten Stücken rollte vor ihr das Leben all jener auf, von denen sie hierher gekommen war. Flimmernd zuckten die Bilder vorbei, wie in einem schlechten Kino. Bankiers, große Kaufleute, Besitzer ungeheuren Reichtums, Magnaten, berühmte Politiker, Freunde der kostspieligen Frauen — freilich — nun entsann sie sich bereits, — die saßen auch damals schon mit gerunzelter Stirne, eckigem, schmalen Mund allabendlich in den Logen, und Mangi hatte schon damals erklärt: die da würden schon winseln, denn der Krieg würde noch sehr üble Folgen haben und am übelsten würde es jenen ergehen, die ungeheure Vermögen angesammelt. Aber was seither geschehen war, darum wußte Lola nicht; sie wußte nicht, daß seit dem verlorenen Krieg in dem verlorenen Land die Reichen und Kriegsgewinnler, den Sturz ahnend, mit wahnwitziger Hast ins Verderben stürzten, daß die Nächte in niemals geschauten sinnlosen Orgien erstickten, daß einzelne unermeßliche Vermögen vergeudeten, daß unbedeutende Weiber zehnten Ranges gewaltige Summen an sich reißen, daß berühmte, reiche Notabeln hinabstürzend verschwinden, daß unbekannte, verwegene Schwindler in tunnelige Höhen emporklettern, daß Hochstapler, Betrüger, Preistreiber nie erhoffte Erfolge erzielen und zu Macht gelangen, daß sie Tausende und Hunderttausende in zerfetzten Gewändern, hungernd, arbeitslos, ausgeraubt, bar jeder Hoffnung, betrogen und voll wilder Entschlossenheit mit geballten Fäusten wider jene erheben, die ein anderes Schicksal haben.

Lola wußte nicht, daß in dem ohnmächtigen und faulenden Land Menschen vor Hunger, Kälte und Krankheit hinsiechen, wie erschöpfte Tiere, und sie wußte nicht, daß in diesem Land eine welke, magere, kleine Kokotte von heute auf morgen so reich und berühmt geworden war, daß ihr Name von Mund zu Mund ging, und die Abgesandten der siegreichen Mächte, Militärs, Diplomaten, die gekommen waren, um das unglückliche, zertrümmerte Land in Stücke zu zerreißen, es für ihre höchste Sorge hielten, zu dieser Frau eine Einladung zu bekommen, bei ihren verschwenderischen Soireen anwesend zu sein, um ihr Bett zu wetteifern. Um diesen vermodernden, von allem losgerissenen Untergang wußte Lola nichts, wäre sie aber in dem trunkenen Wirbel geblieben, so hätte sie auch nicht verstanden, was unten brodelt, welche Verzweiflungen und Entschlüsse sich in jenen spannen, die dieser Sumpf bedeckt. Ihr Instinkt hatte ihr zugeflüstert, sie möge ihre Rasse suchen, von dort Aufklärung verlangen. Sie atmete auf, da Fifi eintraf. Diese kam im Auto, Lola konnte aus dem Fenster sehen, daß von dem Reflektor des Wagens eine kleine amerikanische Fahne flatterte. Stets hatte sie diese kleine, bis zum Ueberdruß gepuderte Frau gehaßt, die wegen eines Polypen in der Nase schnaufelte, aber tat, als spreche sie aus Vornehmheit so. Lola eilte nun mit dem freundlichsten Lächeln Fifi entgegen, umarmte sie und küßte sie auf den Mund:

„Liebste“ — zwitscherte sie — „du bist doch nicht böse? Doch dachte ich gleich an dich, du weißt sicherlich alles ... Denk dir nur, ich steh wie ein Kalb da, weiß gar nicht, was draußen geschieht, habe keine Ahnung .... Hab nie so etwas gehört ... Diktatur .... Proletariat — das reinste Theater! Was zum Kuckuck macht man da?“

„Tja, Liebste“ — raunzte Fifi — „das ist jetzt wirklich ein ganz komischer Zirkus, wahrlich nicht für uns erdacht! Doch hab ich mich auf alle Fälle vorgesehen ... Habe einen amerikanischen Colonel zum Freund, das ist jetzt das Sicherste. Weißt du, wieviel jetzt ein Dollar wert ist? Ein solcher Amerikaner kauft aus dem Inhalt einer seiner Taschen halb Budapest.“

„Was du nicht sagst!“

„Wahrhaftig. Bloß die Fremden sind jetzt etwas wert. Man hält mit jenen Freundschaft, die oben sind. Am höchsten.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Bedingungen der Industrie.

Aufhebung des Achtstundentages und Stinnesierung der Eisenbahn.

(WTB.) Berlin, 5. November.

Die heutige außerordentliche Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat nach sechsstündigen Verhandlungen nachstehende Erklärung einstimmig beschlossen:

Der Reichsverband der deutschen Industrie ermächtigt seinen für die Behandlung der Angelegenheit der Kredithilfe eingesetzten Ausschuß, der angemessen zu ergänzen ist, unter Zuziehung der deutschen Banken die Verhandlungen mit der Reichsregierung mit dem Ziele weitgehender geldlicher Stützung des Reichs für Reparationszwecke fortzusetzen unter folgenden Voraussetzungen:

Es muß gleichzeitig Sicherheit dafür gegeben werden, daß Reichsregierung und Reichstag eine sparsame Finanzwirtschaft auf allen Gebieten des Staatslebens unverzüglich eintreten lassen und das Wirtschaftsleben von allen die freie Betätigung und Entwicklung schädigenden Fesseln befreien. Insbesondere müssen die Reichs- und sonst in öffentlicher Hand befindlichen Betriebe derart behandelt werden, daß sie nicht weiter die öffentlichen Finanzen belasten, sondern sie entlasten. Ein Ziel unserer inneren Wirtschaftspolitik muß sein, alle in der Wirtschaft vorhandenen nicht voll beschäftigten Kräfte sicher zu produktiver Arbeit zu bringen. Die Industrie muß die Sicherheit haben, daß durch ihre Mitarbeit aus unproduktiven Unternehmungen Unternehmungen gemacht werden, die solche Erträge bringen, daß sie zur Verzinsung und Tilgung des geplanten Geldvorlehens ausreichen und die jetzt vorübergehend und freiwillig eintretende Industrie entlasten.

Es wurde weiter beschlossen, daß, wenn ein fester Plan für die Durchführung der Kredithilfe vorliegt, eine Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie damit befaßt werden soll.

Die Bedingungen der Industrie sind eindeutig. Zunächst wird die Befreiung des Wirtschaftslebens „von allen die freie Betätigung und Entwicklung schädigenden Fesseln" verlangt. Das bedeutet, in verständliches Deutsch übersetzt, Abschaffung aller gesetzlichen Bestimmungen über den Achtstundentag und sonstiger in harten Kämpfen errungenen gewerkschaftlichen Sicherungen. Aber damit nicht genug, verlangt der Reichsverband, daß alle Reichs- und sonst in öffentlicher Hand sich befindlichen Betriebe derart behandelt werden, daß sie den Staat nicht belasten sondern entlasten. Damit ist offenbar zunächst das Eisenbahnwesen gemeint. Stinnes will auch diesen Apparat in seine Hände bekommen. Die Behauptung des „Vorwärts", die Deutsche Volkspartei hätte bei der Regierungsbildung in Preußen das Gegenteil behauptet, erweist sich als Seifenblase.

Charakteristisch für die grenzenlose Schamlosigkeit der deutschen Industriekapitalisten ist aber nicht nur, was sie alles fordern, sondern, daß sie es eben jetzt fordern. Jetzt erst ist das Reich in derjenigen Zwangslage, die ihm gebietet, auf alle Forderungen einzugehen; die Unmöglichkeit, die 500 Millionen Goldmark am 15. Januar 1922 ohne Hilfe des Industriekapitals zu zahlen, ist durch die Währungskatastrophe vollendet worden. Wurden bisher in der Presse und in Sitzungen Andeutungen dieser Ansprüche des Großkapitals auf Eisenbahnen und Post, auf Beseitigung aller sozialpolitischen Bestimmungen gemacht, so bedeutet die Resolution des Reichsverbandes der Deutschen Industrie geradezu ein Ultimatum. Was die Regierung auf das Entweder — Oder antwortet, ja antworten muß, darüber läßt der finanzielle Zusammenbruch des Staatshaushalts gar keinen Zweifel. Daß mit dieser Entwicklung eine noch nie dagewesene Ausbeutung und Verelendung der gesamten werktätigen Klasse einsetzen soll weiß jeder Arbeiter. Er soll für all das Unheil aufkommen, das die Kapitalisten Deutschland und anderer Länder angerichtet haben. Nur durch eins kann sich das Proletariat von der ungeheuren Last, die ihm zur schon bestehenden noch hinzu auferlegt werden soll, freimachen: durch die Erfassung der Goldwerte. Alle proletarischen Organisationen müssen sofort dafür mobilisiert werden.

Reichslandbund und „Kreditaktion".

Der Reichslandbund, die Organisation des Junkertums, erklärt, daß auch „die Landwirtschaft" an einer „Kreditaktion" des deutschen Industriekapitals sich beteiligen wolle, auch „die Landwirtschaft" scheue vor keinen Opfern zurück. Diese Opferfreude wird dadurch charakterisiert, daß die Junker als gute Geschäftsleute fürs erste die Bedingungen kennen lernen möchten, unter denen die „Kreditaktion" gedacht ist, d. h. mit anderen Worten, mit wieviel Prozent ihre Opferfreude verzinst wird. Voraussetzung für ihre „Hilfe" ist, daß man sie nicht allzu schwer belaste. Denn ihre Hauptaufgabe sähe die „Landwirtschaft" in einer „so starken Steigerung der Produktion, daß die Ernährung des deutschen Volkes unbedingt durch die deutsche Landwirtschaft sichergestellt sei". Das wäre „die größte Leistung, die für Deutschland überhaupt gebracht werden kann". Daraus geht hervor, daß das Junkertum sehr stark mit Liefer- und Druckkommissionen zu rechnen scheint, ferner damit, daß die Getreidepreise Woche um Woche um einige Hundert Mark für die Tonne weiter steigen. Denn ohne eine schamlose Bewucherung der werktätigen Massen für die wichtigsten Nahrungsmittel denkt kein Junker daran, die Produktion zu steigern.

Eine Milliardenbank.

Die Darmstädter Bank mit einem Aktienkapital von 80 Millionen Mark und die Nationalbank für Deutschland mit einem Kapital von 150 Millionen Mark haben rückwirkend vom 1. Januar 1921 ab eine „Gemeinschaft" beider Banken auf die Dauer von 99 Jahren begründet. Die Darmstädter Bank erhöht ihr Aktienkapital um 130 Millionen Mark, die Nationalbank für Deutschland um 100 Millionen Mark volleingezahlten Aktien, ferner die Darmstädter Bank um weitere 70 Millionen Mark, die Nationalbank um 50 Millionen Mark mit 25 Prozent eingezahlten Aktien. Das gesamte Aktienkapital der neuen Gemeinschaft wird 725 Millionen Mark betragen. Die Gemeinschaft wird unter Einrechnung der Reserven über ein Kapital von 1,2 Milliarden Mark verfügen.

Damit ist die erste große Bankenkonzentration nach dem Krieg in Deutschland vollzogen. Eine eigentliche Verschmelzung haben die beiden Großbanken aus Steuergründen vermieden, die Vereinigung in eine einzige Bank würde etwa eine viertel Milliarde Mark Steuern gekostet haben, welche beide Banken lieber nicht zu zahlen sich entschlossen haben. Ein Beitrag mehr für die Steuerfeindlichkeit der Kapitalmagnaten.

Trotz der Vermeidung der formellen Verschmelzung entsteht ein einheitliches Bankengebilde. Dies wird einmal dadurch erreicht, daß die Kapitalerhöhung der Darmstädter Bank von der Nationalbank und die der Nationalbank von der Darmstädter Bank durchgeführt wird, sodann dadurch, daß die Vorstandsmitglieder der einen Bank in den Vorstand der anderen Bank mit eintreten.

Die Bankgemeinschaft wird damit zur größten Bank in Deutschland. Die Deutsche Bank, die bisher mächtigste Bank in Deutschland, verfügt einschließlich der Reserven über ein Kapital von rund 850 Millionen Mark.

Der mit der Gründung der Gemeinschaft Darmstädter Bank-Nationalbank beginnende Konzentrationsprozeß des Bankkapitals wird sich bald bei den übrigen Banken fortsetzen. Das Bankkapital folgt damit nicht nur der Bewegung des Industriekapitals, das schon längst dazu übergegangen ist, sein Kapital auf den Papiergeldwert aufzublähen, es versucht durch die Kapitalkonzentration und Kapitalvermehrung seine mehr und mehr durch das verarmte Industriekapital bedrohte Herrschaft im deutschen Wirtschaftsleben wiederzuerlangen. Während vor dem Krieg das Bankkapital die Industrie regierte, ist es nach dem Krieg mehr und mehr zum bloßen Verwalter von Depositen und Staatsanleihen herabgesunken, während die vertrustete Industrie, die Stinnes, Haniel usw. sich von den Banken unabhängig machten, ja zum Teil zur Durchführung ihrer Bankgeschäfte sich eigene Bankinstitute angliederte.

Die Begründung der Gemeinschaft Darmstädter Bank-Nationalbank für Deutschland wird voraussichtlich die Einleitung eines Kampfes zwischen Industrie- und Bankkapital sein, der bei der Größe der beiden Gegner aller Wahrscheinlichkeit schließlich mit einem Kompromiß endigen wird, einem Kompromiß auf Kosten der breiten Massen, die, von beiden Kapitalmächten unterjocht, für beide Profite schaffen müssen. Denn der Profit des Bankkapitals wie des Industriekapitals in Deutschland kann heute nur noch aus der wachsenden Verelendung der Arbeiterschaft herausgeholt werden.

Das Landproletariat und die Kommunisten.

Von sämtlichen Arbeiterparteien in Deutschland treibt allein die Kommunistische Partei eine systematische Propagandaarbeit auf dem Lande. Oder sie lernt es wenigstens. Denn so einfach und so selbstverständlich ist die Arbeit unter den Proletariern und Halbproletariern auf dem flachen Lande immer noch nicht für viele sonst tüchtige Genossen. Für den, der in den Traditionen der alten Sozialdemokratie groß geworden ist, gibt es da manches abzustreifen und zuzulernen.

Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung vor dem Krieg war durchaus städtisch orientiert. Sie war eine Industriearbeiterbewegung. Das war ganz natürlich und historisch berechtigt. Die in Großstädten und Großbetrieben zusammengeballten Industriearbeitermassen sind leichter zu erfassen und für den Klassenkampf zu organisieren als die zerstreut wohnenden, von Junkern und Kirche bevormundeten terrorisierten Landarbeiter und Häusler. Vollends die Kleinbauern sind nur schwer und unvollständig für den Klassenkampf zu gewinnen. Die kapitalistische Ausbeutung tritt ihnen nicht so unverhüllt vor Augen, sie fühlen sich von der Dorfbourgeoisie abhängig, sie hängen noch mit ganzer Seele an dem Fetzchen Land, das scheinbar ihr Eigentum ist, in Wirklichkeit nur die Fessel darstellt, die sie zu Hörigen des Kapitals macht.

Es war also nur natürlich, weil in den geschichtlichen Verhältnissen begründet, wenn die vorrevolutionäre Arbeiterbewegung sich fast ausschließlich auf das Industrieproletariat beschränkte. Und das Industrieproletariat wird immer, in jeder Phase der proletarischen Revolution den Stoßtrupp und Kern bilden müssen, eine Tatsache, die in den Thesen des 2. Moskauer Kongresses zur Agrarfrage ausdrücklich betont ist.

Zugleich betont aber auch die Kommunistische Internationale — und das im schroffen Gegensatze zu den menschewistischen Parteien! — die revolutionäre Notwendigkeit der Erfassung und Gewinnung nicht nur der vollkommen proletarischen Landarbeiter, sondern ebenso der halbproletarischen Schichten auf dem Lande, der Häusler, Kleinbauern und Kleinpächter. Schon Rosa Luxemburg hat in ihrer „Rede zum Programm" eindringlich erklärt:

„Es wäre ein Wahn, den Sozialismus ohne Landwirtschaft zu verwirklichen. Vom Standpunkt der sozialistischen Wirtschaft läßt sich überhaupt die Industrie gar nicht umgestalten, ohne unmittelbare Verquickung mit einer sozialistisch umorganisierten Landwirtschaft. **Der wichtigste Gedanke der sozialistischen Wirtschaftsordnung ist die Aufhebung des Gegensatzes und der Trennung zwischen Stadt und Land. . . .** Es muß jetzt Ernst damit gemacht werden, nicht bloß aus dem Gesichtspunkt heraus, weil wir ohne Landwirtschaft nicht sozialisieren können, sondern auch, weil, wenn wie jetzt die letzten Reserven der Gegenrevolution gegen uns und unsere Bestrebungen aufgezählt haben, wir eine wichtige Reserve noch nicht aufgezählt haben, **das Bauerntum.** Gerade, weil es bis jetzt unberührt geblieben ist, ist es noch eine Reserve für die konterrevolutionäre Bourgeoisie. Und das erste, was sie tun wird, wenn die Flamme des sozialistischen Streiks ihr auf den Fersen brennt, ist die Mobilisierung des Bauerntums, des fanatischsten Anhängers des Privateigentums. **Gegen diese drohende konterrevolutionäre Macht gibt es kein anderes Mittel als den Klassenkampf aufs Land hinauszutragen, gegen das Bauerntum das landlose Proletariat und das Kleinbauerntum mobil zu machen."**

In diesen wenigen Sätzen hat Rosa Luxemburg das Kommunistische Agrarprogramm andeutend umrissen. Auf dem Parteitag der USP. in Halle war es Sinowjew, der die verschiedene Stellung zur Agrarfrage geradezu als Grenzscheide aufstellte zwischen menschewistischem und kommunistischem Standpunkt. Er verwies auf die Lehren der ungarischen Revolution, die vor allem daran zugrunde ging, daß die Bauernschaft nicht mithineingezogen wurde. „Und das war, Genossen, ein schicksalsschwerer Fehler, und eben deshalb blieb diese mittlere Schicht des Bauerntums gegenüber der proletarischen Revolution indifferent und taub." Gegenüber den Zwischenrufen Crispiens, der den reinen Sozialismus gegen den bolschewistischen Opportunismus zu verteidigen sich berufen fühlte, stellte Sinowjew fest, daß die eigenmächtige Konfiskation und teilweise Aufteilung von Grund und Boden durch die Kleinbauernschaft, nicht einen konterrevolutionären Akt bedeutet, sondern eine „Teilerscheinung der Revolution".

Was wollen die Kommunisten auf dem Lande? Sie wollen die Ausbeutung der dort werktätigen Massen beseitigen; sie wollen dabei die großen Güter, soweit sie intensiv bewirtschaftet werden, nicht nur unangetastet lassen, sondern, daß sie mit allen technischen Errungenschaften bearbeitet werden; sie wollen zweitens die kleinbäuerlichen Wirtschaften nicht zerstören, nicht „enteignen", im Gegenteil, den kleinen Landwirten nach Möglichkeit zu einer selbständigen Ackernahrung verhelfen, zumal dort, wo der Landhunger groß ist und die umherliegenden Güter schlecht bewirtschaftet werden.

Warum aber nehmen wir Kommunisten diesen scheinbar unsozialistischen Standpunkt zu den Kleinbauern ein? Warum befürworten wir eine teilweise Aufteilung von Grund und Boden durch die Kleinbauern, obwohl wir wissen, daß die Kleinbauern weder Kommunisten sind noch so bald sein werden? Obwohl wir wissen, daß der rationelle Großbetrieb durchschnittlich höhere Erträge liefert und die Aufteilung zunächst den Eigentumsfanatismus stärkt? Nun eben aus derselben Ursache, die uns auch sonst z. B. in der Nationalitätenfrage (siehe Thesen des 2. Moskauer Kongresses) von den Menschewisten unterscheidet: weil wir es ernst meinen mit der proletarischen Revolution, mit der Diktatur des Proletariats als Durchgangsstadium zum Sozialismus. Wir Kommunisten sind so nüchterne Realpolitiker, daß wir den Halb- und Viertelsproletariern ebenso wie den vorkapitalistischen Nationen gut und gerne Konzessionen machen, wenn wir sie dadurch loslösen von dem Gewalthaufen der Gegenrevolution, wenn wir dadurch sie politisch auf die Seite der revolutionären Arbeiter ziehen können.

Wir Kommunisten wissen, daß die Periode der proletarischen Diktatur noch nicht Sozialismus ist oder sein kann. Sie ist der Weg zum Sozialismus. In dieser Periode ist die politische Macht alles, ein gewisser ökonomischer Rückschlag ist dabei unvermeidlich. Die Menschewisten möchten auch den Sozialismus, aber ohne Störung der Produktion. Sie geraten deshalb auf den Ausweg der Hilferdingschen Sozialisierungen von Parlamentes Gnaden, auf die Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmern", auf tatenloses Beiseitestehen in revolutionären Kampfzeiten und nicht zuletzt in Gegensatz und Feindschaft zu den landhungrigen Kleinbauern, Kleinsiedlern und Kleinpächtern. Wir wissen aber, daß wir auf diese Schichten im revolutionären Machtkampfe ebensowenig verzichten können, als auf die rein proletarischen Landarbeiter. Sie werden es sein, die die großbäuerlicher Reserven im Zeitpunkt der Entscheidungskämpfe draußen festhalten und dadurch dem kämpfenden Industrieproletariat den Rücken decken. Sie werden es sein, die im Augenblick der Revolution in der Industrie auch die Agrarrevolution entfesseln, indem sie die Junker von ihren Herrensitzen jagen, ihnen die Waffen abnehmen, ihre schwielige Bauernhand auf den Acker des Adligen legen. Sollen wir auf diese Bundesgenossen verzichten? Wohl wissen wir, daß sie es nicht tun werden aus Liebe zum Kommunismus, sie werden Bauerneigen schaffen. Aber wir gönnen ihnen das Bauerneigen, und die Bauernräte werden unsere Helfer sein beim Sturze der Bourgeoisie. Und wir sind uns klar darüber: Die Sozialisierung der Landwirtschaft wird ein langer, sorgfältiger Erziehungsprozeß sein, ein Prozeß, bei dem der arbeitende Bauer unter dem Einfluß der sozialistischen Industrie und dank seiner steigenden geistigen Kultur langsam die alte kleinbürgerliche Einstellung verliert, sich erst der genossenschaftlichen und endlich auch der kommunistischen Wirtschaft zuwenden wird.

Dieser Prozeß wird in Deutschland zweifellos schneller vor sich gehen als in Rußland, denn die entwickelte Maschinenindustrie und die intensive Bodenbearbeitung drängen ganz von selbst zu genossenschaftlicher Wirtschaft. Es kommt hinzu, daß der Großgrundbesitz in Nord- und Ostdeutschland massiert ist und als Großbetrieb technisch auf der Höhe steht. Hier fehlt zum großen Teil das individualistische bodenhungrige Element der Kleinbauern und Kleinpächter. Die seit Jahrhunderten proletarisierten Landarbeiter, die zudem die technischen Vorzüge des Großbetriebs vor Augen haben und keinerlei eigene Wirtschaftsgebäude und Geräte besitzen, denken nicht daran, diese Güter aufzuteilen. Hier ist alles heute schon reif zur Sozialisierung und es kommt nur auf uns an, ob wir die Landarbeiter zeitig und ausreichend zum revolutionären Bewußtsein bringen und zum revolutionären Kampf organisieren. Vergessen wir nicht die opfermütige Rolle mitteldeutscher und mecklenburgischer Landarbeiter beim Kapp-Putsch.

Die Aufgaben der Kommunistischen Partei auf dem Lande sind nicht leicht. Vor allem nicht leicht für in der Großstadt aufgewachsene Industrieproletarier. Sie müssen dennoch gelöst werden. Und der Augenblick ist günstig: Der Bankerott des Kapitalismus wirkt sich aus am Kleinbauern in Gestalt gewaltiger Preissteigerungen für Produktionsmittel, Emporschnellen der Pachtzinsen, unerhörte Steuerlasten. Eine steigende Opposition gegen die Politik des Landbundes macht sich bemerkbar. Zugleich gehen die Junker immer rücksichtsloser gegen die Landarbeiter vor, werfen die organisierten auf die Straße, terrorisieren sie durch bewaffnete Selbstschutzbanden, verlängern die Arbeitszeit. Das Landproletariat wird kämpfen müssen. Und unsere Aufgabe ist es, ihm hierbei den Weg zu weisen, ihm die Waffe des Klassenkampfes in die Hand zu drücken.

Der japanische Ministerpräsident ermordet.

(EE.) Washington, 7. November.

Auf den japanischen Ministerpräsidenten Takashi Hara wurde gestern am Bahnhof von Tokio ein Attentat verübt. Nach einem bei der hiesigen japanischen Botschaft eingetroffenen Telegramm soll der Ministerpräsident gestern abend seinen Wunden erlegen sein. Die letzten Depeschen aus Tokio behaupten, daß das an dem japanischen Ministerpräsidenten begangene Verbrechen die Tat eines Irrsinnigen war. Hier wird erklärt, daß einige Mitglieder der japanischen Abordnung die Ermordung einer Bande sogenannter Patrioten zuschreiben, die unter dem Namen der Ronin bekannt ist und bereits vor einiger Zeit den Präsidenten der Abteilung für den äußersten Orient im japanischen Außenministerium ermordete. Die Ermordung Haras kann bedeutende Rückwirkungen auf die japanische Politik der Rüstungen ausüben. Denn die japanische Rüstungspolitik wurde hauptsächlich von dem ermordeten Ministerpräsidenten inspiriert, der als einer der schlimmsten Reaktionäre bekannt ist.

Einheitsfront des italienischen Proletariats für die Befreiung der politischen Gefangenen.

(Intel) Turin, 7. November.

Hier konstituierte sich ein Aktionskomitee zur Befreiung der politischen Gefangenen, das aus Sozialisten, Kommunisten, Syndikalisten und Anarchisten besteht. Das Komitee richtet einen Aufruf an die Arbeiterschaft, in dem diese aufgefordert wird, einig für die Befreiung der politischen Gefangenen einzutreten und sich für einen etwaigen politischen Generalstreik vorzubereiten.

Starke Zunahme der Arbeitslosigkeit in England.

London, 7. November.

Die Zahl der Arbeitslosen betrug in der verflossenen Woche 1 605 900 gegen 1 423 792 in der Vorwoche.

Die politische Lage in Polen und die Provokationspolitik des Pilsudski.

Von Karl Radek.

Die Lage Polens verschärft sich von Tag zu Tag. Der Hauptfaktor, der diese Verschlimmerung der Lage beeinflußt, ist der gänzliche finanzielle Bankerott Polens. Das Wochenblatt „Die Tribüne“, ein Organ der polnischen Opportunisten, zeigt in der Nummer vom 8. Oktober folgendes Bild der nahenden Katastrophe: „Ein Schweizer Franken kostet jetzt 800—900 Mark, für 100 Sowjet-Rubel bekommt man jetzt 2 oder 3 polnische Mark. Was hat das zu bedeuten? Das heißt natürlich, daß die polnische Geldeinheit der sowjetistischen Geldeinheit achtzehnmal nähersteht, als der schweizerischen. Wir könnten dieses Verhältnis auf folgende Weise graphisch darstellen: „Die polnische Mark ist nach rechts 1 Kilometer weit entfernt vom Sowjet-Rubel, nach links ist sie 1½ Kilometer entfernt von der deutschen Mark, 9 Kilometer von dem französischen Franken und 18 Kilometer von dem Schweizer Franken. Vor zwei Jahren wurden für zwei französische Franken vier polnische Mark gezahlt. Jetzt kostet dieser Franken 440 polnische Mark. Im Laufe der letzten zwei Jahre hat die Entwertung der polnischen Valuta unerhörte Ziffern erreicht — 10 900 Prozent. Zwei Jahre lang sank die polnische Valuta mit einer Geschwindigkeit bis 15 Prozent pro Tag. Das macht also 0,6 Prozent die Stunde. In demselben Zeitraume sank die Valuta des „armen Oesterreich“ nur bis 1400 Prozent. Das macht zwei Prozent pro Tag. Vom März dieses Jahres bis zum Herbst sank der Kurs bis 360 Prozent. Das sind bloß relative Ziffern. Wenn wir aber einen absoluten Maßstab annehmen wollen, den Maßstab der Karität (d. h. 1 Goldfranken gleich 0,8 polnische Goldmark), so wird der Fall der polnischen Valuta im Laufe von 200 Tagen = 28 000 Prozent gleichen, d. h. 140 Prozent pro Tag. Wer also am 1. April 100 000 polnische Mark besaß, konnte 715 Karat Gold kaufen. Heute bekommt der polnische Staat für diese Summe nur 385 Karat. Das bedeutet natürlich, daß der Besitzer der 100 000 Mark täglich 1½ Karat verlor.“

Diese finanzielle Lage, die jeglichen Import unmöglich macht, die polnische Industrie stillegt, ruft eine fabelhafte Teuerung hervor und kann zu einer völligen sozialen Katastrophe führen. Die polnische Bourgeoisie hat beschlossen, Finanzreformen durchzuführen. Zu diesem Zwecke hat sie den Bankier Michalski aus Lwow, der ehemals Steuerinspektor war, aufgefordert, seinen Rettungsplan in der Sejmsitzung aufzurollen. Dieser Plan ist sehr einfach. Der Staat verpflichtete sich im vorigen Jahre, den Landbesitzern ihr Land abzukaufen, und zwar darf der Flächenraum eines jeden Landbesitzes in den Industriegebieten nicht über 60 Hektar, in Posen, Podolien und der Wolinen nicht über 400, in den anderen Gebieten Polens nicht über 180 Hektar betragen. Dieses Land sollte den Kleinbauern übergeben werden. Der Finanzminister macht jetzt den Vorschlag, dieses Gesetz vom 16. Juli 1920 zu annullieren. Das Gesetz wurde aufgestellt, um die Kriegsstimmung der Bauern zu heben. Jetzt, da man momentan sich nicht im Kriege befindet, soll der Staat alle seine Verpflichtungen zurücknehmen und den Großbauern überlassen, das Land den Junkern abzukaufen. Der Staat ist die finanziellen Verpflichtungen los. Zu gleicher Zeit muß an Stelle des Achtstundentages der Zehnstundentag treten. Diese Maßnahmen können augenblicklich natürlich keine günstigen Resultate sogar für die Kapitalisten ergeben, denn die Arbeitslosigkeit stieg so wie so von Tag zu Tag. Diese Maßnahmen können jedoch als Wechselschein dienen, der den Junkern und Kapitalisten im Verein mit der Agrarreform eine einmalige Abgabe von 80 Milliarden polnische Mark schmackhaft machen soll. Aber Herr Michalski übernahm die Rolle eines Retters. Seine Maßnahmen werden die finanzielle Lage Polens nicht bessern, denn selbst wenn die herrschenden Klassen 80 Papiermilliarden geben würden — was sehr zweifelhaft ist —, so könnte das den Fall der polnischen Valuta bloß für einen kurzen Augenblick aufhalten, denn der Hauptgrund ihres Fallens liegt in dem völligen Mißtrauen der Weltbourgeoisie in bezug auf die Politik der polnischen Bourgeoisie, dem Mißtrauen, das sich in der Verweigerung großer Kredite, ohne die ja von keiner ökonomischen Wiederherstellung Polens die Rede sein kann, offenbart. Der Versuch, den Zehnstundentag einzuführen, wird zu bedeutenden sozialen Erschütterungen führen, deren Vorbote die Demonstrationen der 60 000 Arbeiter in Warschau sind. Die Vernichtung der Agrarreform wird ihrerseits den Prozeß der Radikalisierung des Kleinbauern und der Dorfproletarier beschleunigen. Die Bewegungen des Dorfproletariats, die teils unter dem Banner des Kommunismus vor sich gehen, werden Unterstützung von seiten der Kleinbauern finden. Herr Pilsudski und die National-Demokraten sind sich sicher der wachsenden Gefahr bewußt. Deshalb strebt die Kriegsclique des Belvedere sowie die Clique des Roman Dmowski nach einer Diktatur, um für den Preis eines Krieges mit der russischen Räterepublik eine große Anleihe in Frankreich zu erlangen und durch einen Aderlaß an dem polnischen Proletariat das Hinterland zu sichern. Diese Absichten des Herrn Pilsudski stehen außer Zweifel. In seiner Unterredung mit Panafieu, dem französischen Gesandten in Warschau, und mit dem General Nissel, dem Militäragenten Frankreichs, hat er sich einverstanden erklärt mit den französischen Kriegsperspektiven gegen Sowjetrußland. Die Agenten des Herrn Pilsudski führen in ihrer Presse eine zügellose Hetze gegen Rußland. Die letzten Versuche der II. Abteilung des polnischen Generalstabes, die eine Provozierung der russischen Gesandtschaft in Warschau beabsichtigte, stellen zweifellos fest, daß der Herr Pilsudski im Laufe des Winters die russisch-polnischen Verhältnisse zuspitzen will, um im Frühjahr — das der Herr Pilsudski und der französische Generalstab für günstiger hält, da sie annehmen, daß das Frühjahr sicher die Hungersnot steigern wird — dreinzuschlagen. Die Presse der National-Demokraten verhält sich mäßiger, doch wäre es ein großer Fehler, ihrem Tone Vertrauen zu schenken; die Vertreter dieser Partei stimmten ja in den Gesprächen mit Panafieu der Idee eines Feldzuges gegen Räterußland zu. Sie verlangten bloß von ihren Bundesgenossen, daß die Kriegsdiktatur nicht dem Herrn Pilsudski, sondern dem General Dowbor-Musnitzky oder Haller gehöre. Das bestätigen nicht nur unsere Quellen, sondern auch die englischen, wie z. B. die „Manchester Guardian“, der diese Nachrichten auf Grund der Information seines Londoner Vertreters veröffentlicht. Es versteht sich von selbst, daß der Erfolg einer solchen Absicht durch die Vernichtung der kommunistischen Bewegung in Polen bedingt wird.

Als wir vor einigen Wochen bei dem Siege der Kommunisten bei den Krankenkassen-Wahlen behaupteten, daß der Kommunismus in Polen an Boden gewinnt und daß seine Siege in großem Maße die Entscheidungen der polnischen Regierung beeinflussen, hat „Robotnik“, das offizielle Organ der polnischen Sozialpatrioten und inoffizielle Organ des Herrn Pilsudski, diese Meinung verlacht. Im Laufe dieser Zeit haben die Kommunisten bei den Wahlen von Sosnowitz, dem Zentrum der Kohlenindustrie, eine absolute Stimmenmehrheit erhalten: von 26 000 Stimmen erhielten sie 16 000. Das Wochenblatt der Opportunisten, die schon angeführte „Tribüne“, schreibt: „Polen ist jetzt bloß von einem Gefühl durchdrungen, der Angst vor dem Kommunismus.“ Die National-Demokraten haben im Sejm vorgeschlagen: Die Zugehörigkeit zu der Kommunistischen Partei soll gleich dem Hochverrat durch das Feldgericht bestraft werden. Wir wissen nicht, ob der polnische Sejm diesem Antrag zustimmen wird. Eines ist aber sicher, Herr Pilsudski weiß genau, daß solche Maßregeln keinesfalls eine Klasse zurückschrecken können, die selbst von den Feldgerichten des zarischen Absolutismus nicht gebrochen wurde. Herr Pilsudski bereitet sicher einen größeren Schlag vor. Er will ein Blutbad unter den polnischen Proletariern bereiten. Die letzten Demonstrationen haben sicher das Selbstvertrauen der Arbeiter gestärkt. Herr Pilsudski hofft nun, daß sie öfters demonstrieren werden, daß ihre großen Hoffnungen sie zu stärkeren Angriffsmethoden veranlassen werden. Dann kann er ihnen statt der Agenten der Polizei Kanonen gegenüberstellen.

Wir wollen hoffen, daß die polnischen Kommunisten ihre Lage von einem nüchternen Standpunkte auffassen werden. Dank der Zerrüttung der polnischen Industrie, dank der Zerstreuung des polnischen Proletariats ist sein sozialer Einfluß jetzt viel geringer als vor dem Kriege. Vereinzelt, ohne den Beistand des Dorfes, kann es die Macht nicht in seine Hände nehmen. Diese Dorfbewegungen werden als Resultat des ökonomischen Zerfalls Polens wachsen. Die Aufhebung des Agrargesetzes wird sie beschleunigen, beschleunigen den Augenblick, da das Proletariat nicht mehr isoliert dasteht. Die polnischen Kommunisten würden einen großen strategischen Fehler begehen, wenn sie die Ereignisse forcieren wollten. Ihre Aufgabe besteht jetzt darin, daß sie alle Kräfte anstrengen, um die Mehrheit der Arbeiter allerorts zu gewinnen; sie müssen dafür kämpfen, daß ihre Stimme laut von den legalen Tribünen zu dem polnischen Volk ertöne. Einem Versuche, wie z. B. den Bauernabgeordneten, den Kommunisten Dombal, im Parlamente Polens zum Schweigen zu bringen, müssen sie eine grandiose Kampagne in den Fabriken entgegenstellen. Die herrschenden Klassen Polens sollen wissen, daß das polnische Proletariat seinem Vertreter nicht den Mund verbieten läßt. Sie müssen die Antwort der polnischen Arbeiter an ihren Taschen verspüren. Die Kommunisten sollen nur dann demonstrieren, wenn die Stimmung der Arbeitermassen die PPS. und die christlichen Arbeiterorganisationen zur Demonstration veranlaßt.

Die russische Räterepublik ist bereit, mit der polnischen bürgerlichen Regierung in Frieden zu leben. Sie überläßt sie den polnischen Arbeitern. Wenn Herr Pilsudski glaubt, daß er mit seiner Provokationspolitik die Geduld Rußlands erschöpfen und einen Bruch seitens der Räterepublik hervorrufen kann, wenn er hofft, daß es ihm gelingen wird, ein Feuer der nationalen Feindschaft anzuzünden, den Krieg vorzubereiten und mit Hilfe der Waffen die kommunistische Bewegung Polens zu vernichten, so ist er sehr im Irrtum. Das Räterußland wird loyal den Rigaer Vertrag erfüllen, es wird ruhig und gelassen einen jeden provokatorischen Versuch, den Vertrag zu sprengen, dem Volke Polens zu enthüllen wissen. Das Räterußland bedarf keines Krieges mit Polen. Die Räterepublik hält die Unabhängigkeit Polens, die Vernichtung des nationalen Druckes, der die polnischen Volksmassen belastete, als das beste Mittel der Befreiung der polnischen Volksmassen von dem Einfluß der Bourgeoisie. Den Krieg braucht bloß der Herr Pilsudski und die Pariser Kriegsclique.

Moskau, 19. Oktober 1921.

Aus der Provinz Schlesien.

An die Landarbeiterschaft Schlesiens!

Der landwirtschaftliche Arbeitgeberverband für den Kreis Nimptsch hat mit Zustimmung des Provinzial-Arbeitgeberverbandes den Landarbeitern Mietsverträge nebst Anschreiben zur Unterschrift vorgelegt, wonach im kommenden Jahr die Arbeiterschaft auf Ueberdeputat verzichten soll. Dies bedeutet eine erhebliche Verschlechterung der Lebenslage. Wer sich weigerte, Unterschrift zu leisten, gilt ab 1. Januar 1922 als entlassen. In 15 großen Protestversammlungen hat die Arbeiterschaft einstimmig beschlossen, diese rücksichtslose Zumutung zurückzuweisen. Da der Arbeitgeberverband auf diesen Forderungen besteht, dürften am 1. Januar, nach dem Fest der Liebe, etwa 2000 Landarbeiterfamilien mit ihren Kindern brot- und obdachlos sein. Wir fordern die gesamte schlesische Landarbeiterschaft auf, für den Kreis Nimptsch Stellung nicht anzunehmen. Wo dies bereits geschehen, besteht die Gefahr, daß die Kollegen mit ihren Familien am 2. Januar in bitterer Kälte auf den Höfen oder in ungeeigneten Räumen untergebracht werden, weil die Gekündigten die Wohnungen nicht räumen.

Kollegen und Kolleginnen! Wir fordern von Euch Solidarität. Die Landarbeiterschaft soll dem rücksichtslosen Arbeitgebertum des Kreises Nimptsch zeigen, daß sich der Landarbeiter das Mitbestimmungsrecht nicht rauben läßt.

Die Gauleitung des Deutschen Landarbeiterverbandes.

Zum Ende des Landarbeiterstreiks.

Der Landarbeiterstreik ist abgebrochen worden mit dem Ergebnis einer etwa 20prozentigen Bar-Lohnerhöhung. Es ist kein Wunder, daß dieser Streik so enden mußte. Ist es schon überhaupt verkehrt, den Tarifablauf im allgemeinen auf den 31. Dezember eines Jahres zu verlegen und dadurch eine äußerst ungünstige Position für die Landarbeiter zu schaffen, so ist es noch viel unverantwortlicher von den Führern des Deutschen Landarbeiterverbandes, nach der Ernte eine solche Lohnbewegung in die Wege zu leiten.

Die Gauleitungen Schlesiens des DLV. hätten im September, als der Vertreter der Junker, Graf Kaiserlingk, den Landarbeitern jede Teuerungszulage ablehnte und ihnen den Fehdehandschuh hinwarf, den Kampf aufnehmen und die jetzige Bewegung einleiten sollen. — Die Landarbeiter waren gewillt, mit allen Mitteln zu kämpfen.

Hier aber muß mit aller Schärfe und Klarheit gesagt werden, daß ein Streik in der jetzigen Zeit nur mit Erfolg geführt werden kann, wenn man unter allen Umständen die Notstandsarbeiten einstellt. Dazu kann sich die Leitung des DLV. nicht aufschwingen. Wie sie hier dadurch den Beweis liefert, nur einen Scheinkampf zu führen, so lieferte sie ihn auch, als sie, statt die Landarbeiter vor der Rüben- und Kartoffelernte in den Kampf zu führen, verhandelte, dadurch günstige Zeit verlor und so mitschuldig ist an diesem elenden Ergebnis der Bewegung.

Die Absicht des Kämpfenwollens fehlte von vornherein. Die Bürokratie mußte darum auch bei den Verhandlungen mit jedem noch so elenden Ergebnis zufrieden sein, um die Situation der Landarbeiter nicht noch mehr zu verschlechtern.

Die Empörung der Landarbeiter gegen den diktatorischen Abbruch der Streiks und ihre Unzufriedenheit mit der geringen Lohnaufbesserung ist nur zu verständlich, da alle Preise in zwei Tagen nach den Verhandlungen um 50 bis 100 Prozent und darüber gestiegen sind.

Die Landarbeiter müssen jetzt ihre Kräfte in ihrer Gewerkschaft sammeln, um im Frühjahr in eine erfolgreiche Bewegung zu treten. Sie müssen bis dahin ihre Führer, die sie daran hindern, beseitigen. Dazu ist notwendig, Kreis- und Gaukonferenzen des DLV. abzuhalten, auf denen die Frage „der letzten und kommenden Kämpfe der Landarbeiter“ besprochen und die sofortige Einberufung der Generalversammlung des Verbandes gefordert wird, auf deren Tagesordnung gesetzt werden muß: 1. Die vergangenen und kommenden Kämpfe der Landarbeiter; 2. Statutenänderung; 3. Die Orgesch und die Landarbeiter.

Die Bürokratie und ihr Verrat darf nicht zur Folge haben, aus dem DLV. auszutreten. Nur in der Geschlossenheit liegt die Macht. Darum bekämpfen die Junker den DLV. — Die Landarbeiter müssen darum selber bestimmen über ihre Organisation, die doch die ihrige ist. Sie müssen ihren Verband reinigen von Führern, die nicht ihre Pflichten erfüllen, sie müssen sich selbst vorbereiten zu größeren Kämpfen im kommenden Frühjahr.

Aus dem Waldenburger Revier.

Breslau, 8. November 1921.

An den

Sozialdemokratischen Wahlverein

Ortsgruppe Waldenburg.

Werte Genossen!

Durch eine Aeußerung des Anklagevertreters im Prozeß gegen Gen. Willi Demsky war der Verdacht aufgetaucht, daß das Mitglied Eurer Ortsgruppe, Fritz Zappe, Redakteur der „Schles. Bergwacht“, den Genossen Demsky bei der Polizei denunziert und dadurch dessen Verhaftung herbeigeführt hat.

Unsere Nachforschungen haben ergeben, daß der F. Zappe tatsächlich am 23. März, abends 11 Uhr, bei der Polizeiwache im Rathaus zu Waldenburg erschienen ist und die Haussuchung bei Demsky sowie seine Verhaftung hier veranlaßt hat. Weil dies um 12 Uhr nachts mißlang, verhaftete man Gen. Demsky am Morgen des 29. März auf dem Wege zu seiner Arbeitsstelle.

Da wir nicht annehmen wollen, daß Ihr Agenten der Polizei und gemeine Denunzianten in Euren Reihen duldet, ersuchen wir Euch, den F. Zappe aus der SPD. auszuschließen, ihm sein Stadtverordnetenmandat abzuerkennen und ihn seines Postens als Redakteur der „Schles. Bergwacht“ zu entheben.

Falls der F. Zappe den von uns dargelegten Sachverhalt leugnen sollte, ersuchen wir Euch, ihn zu bestimmen, den Staatsanwalt und die Polizeibeamten, die unsern Vorwurf der Denunziation bezeugen, öffentlich als Lügner zu brandmarken, um durch die juristische Austragung dieses Falles den schändlichen Verdacht von sich abzuwälzen.

Von Eurer Haltung in dieser Reinlichkeitsfrage hängt sehr wesentlich die Möglichkeit einer proletarischen Einheitsfront im Waldenburger Revier ab.

Mit komm. Gruß für die KPD.-Bezirke Schlesien:
Josef Klein-Scheyer.

Gegen den Justizskandal der Schweidnitzer Richter und Gefängnisverwaltung.

Am 4. November wollte Genosse Klein die noch immer in Schweidnitz inhaftierten 6 Genossen besuchen, um ihnen von dem bisher für ihre Freilassung Geschehenen und dem in Zukunft für sie Geplanten Mitteilung zu machen.

Salem Raucher!

Die Beibehaltung der alten, feinen Qualität macht nach Inkrafttreten der neuen Steuersätze folgende erhöhte Preisnotierungen leider unvermeidlich:

Salem Aleikum
Salem Gold

№ 40 rot, 50 grün, 60 orange, 80 gelb
40 50 60 80 Pf. d St.
Cavalier 80 Pf. Cabinet M. 1.25 Pf. d St.

Die Preiserhöhung ist so niedrig bemessen, daß sie nur einen Teil unserer Selbstmehrkosten deckt. Sie werden durch einen wirklichen Genuß für den Preisaufschlag entschädigt.

„Salem“

Von den vier bereits abgeurteilten Genossen befanden sich zwei auf Landarbeit außerhalb von Schweidnitz. Genosse Demski, der hochgradig lungenkrank ist, und dessen Leben durch die Haft aufs schwerste gefährdet ist, wird als Hausarbeiter in Schweidnitz beschäftigt. Gen. Mangold, ein Mann von 53 Jahren, wird zu Steinschlepperarbeiten verwandt, die seine Kräfte übersteigen.

Die Verordnung des preußischen Justizministers betreffs rücksichtsvoller Behandlung politischer Gefangener (wöchentlich Besuch und Liebesgaben, unbeschränkte Rauch-, Schreib- und Leseerlaubnis) ist im Schweidnitzer Gefängnis „nicht bekannt" und wird ignoriert.

Als Gen. Klein sich an einen gewissen Schaeffer, seines Handwerks Staatsanwalt, um die Genehmigung einer Besprechung wandte, benahm sich dieser Schaeffer wie — ein königlich-preußischer Staatsanwalt. Zunächst lehnte er aus „formellen und sachlichen Gründen" ab, unsere Genossen vorführen zu lassen, sodann bezeichnete er sie als gemeine Verbrecher, gegen die seit **heute morgen** „erdrückendes Belastungsmaterial" vorliege! Seit bald **acht** Monaten sind unsere Genossen **Kaufmann** und **Kurt** auf **Grund** der Denunziation einer offenbar befangenen, unglaubwürdigen Weibsperson in **Untersuchungshaft**, — **und** erst seit **heute morgen** hat der Staatsanwalt — **angeblich** — Schuldbeweise in Händen. **Wir glauben an diese „Schuldbeweise" Schaeffers nicht.** Sie sind unzweifelhaft von gleicher Natur wie die vom Oberreichsanwalt fabrizierte „schlesische Räterepublik im Herbst 1921".

Als Gen. **Klein** die Beschimpfung unserer braven Genossen Kaufmann und Kunde nachdrücklichst zurückwies und erklärte, daß nicht nur die KP., sondern die **einige** Arbeiterschaft hinter ihnen stände, erdreistete sich dieser beamtete Mensch zu der Bemerkung: „Dann sind die Arbeiter die Schützer gemeingefährlicher Verbrechen". Darauf antwortete **Klein**: **„Nein, die Arbeiter schützen ihre Vorkämpfer vor dem** Unrecht, daß Sie und Ihresgleichen an ihnen verüben" und verließ, gefolgt von den Schimpfworten des würdigen Schaeffer, das Zimmer.

Wir wissen, daß dieser Mensch, der es für seine Ehrensache hält, sich Arbeitervertretern gegenüber herausfordernd (um nicht zu sagen flegelhaft) zu benehmen, dem preußischen Justizminister einen Bericht über den Fall **Kaufmann-Kunde geliefert hat, der es diesem unmöglich** machen sollte, ihre Freilassung zu verfügen. Dieser Bericht **muß zur Charakterisierung des Schaeffer sehr interessant sein** und bedarf **sehr dringend der Nachprüfung.** Unsere Genossen **sind weiter zu Unrecht in Haft, der Schaeffer trägt die Schuld daran!** Der Justizminister muß von den **Arbeitern veranlaßt werden, gegen diesen der Schweidnitzer** Justiz **würdigen Beamten vorzugehen!**

Es ist eine Schmach und Schande, daß die Arbeiter sich in den vergangenen 7 Monaten nicht der Sache ihrer unschuldig eingesperrten Kollegen angenommen haben.

Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiter sich endlich ihrer Solidaritätspflicht bewußt werden.

Der Kampf für die Befreiung der Gefangenen, für die Wiedereinstellung der Gemaßregelten in die Betriebe muß mit aller Kraft begonnen werden. Das Beispiel von **Breslau**, wo allein die Tatsache des einmütigen Auftretens der **sozialistischen Arbeiterparteien und Gewerkschaften die Befreiung der politischen Gefangenen** erzwang, **muß im Waldenburger Revier Nachahmung finden.**

Heraus mit den politischen Gefangenen!

Bauarbeiterversammlung.

Am 1. November fand in Waldenburg die monatliche **Mitgliederversammlung der Waldenburger Zahlstelle des Bauarbeiterverbandes statt. Die Versammlung war gut besucht. Nach dem Bericht des Koll. Scholz tritt ab 2. November eine Lohnerhöhung von 1,50 Mark pro Stunde ein, der eine weitere Erhöhung von 50 Pfennig ab 1. Dezember folgt. Die Lohnerhöhung für Tiefbauarbeiter tritt erst am 4. November in Kraft. Obwohl die Erhöhung noch lange nicht den Teuerungsverhältnissen entspricht, gaben sich die Kollegen mit dem Ergebnis** einstweilen **zufrieden.**

Unter Punkt 2 wurde Klage erhoben gegen die Kollegen, die täglich 8½ Stunde und mehr arbeiten. Es ist im Ortstarif **ausdrücklich festgelegt, daß Regentage und Fahrtzeit n i c h t einzuarbeiten ist. Es muß unter allen Umständen verlangt werden, daß der 8-Stundentag** eingehalten wird, zumal die Unternehmer diesen in der letzten Zeit heftig berennen.

U. a. wurde auch ein Antrag des Koll. Vogt angenommen, wonach alle Bekanntmachungen der Zahlstelle auch in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" zu erfolgen hat.

Grubenunglück. Freitag in der Frühschicht verunglückten auf dem Idaschacht in Ober-Waldenburg die Hauer Mieke und Mende dadurch, indem sie in einen Schuß gerieten. Beide Verunglückten trugen schwere Verletzungen im Gesicht und mußten nach dem Knappschaftslazarett übergeführt werden. Ein Schlepper wurde leichter verletzt.

Neu-Weißstein. In der 9. Abteilung des Bismarckschachtes verunglückte der Berghauer Wache aus Weißstein. Wache hatte einen Sprengschuß besetzt, der aber nicht losgegangen war. Beim Betreten des Ortes ging die Sprengladung los und Wache wurde im Gesicht sowie am Brustkorb schwer verletzt. In der gleichen Schicht verunglückte der Schlepper Raupach in der 25. Abteilung. Raupach, der an einem Bremsberg beschäftigt ist, versuchte einen Wagen zu horkeln und wurde dabei von der abschnellenden Kurbel zusammengeschlagen. Beide Verunglückten fanden Aufnahme im Knappschaftslazarett.

Versammlungskalender.

KPD. Breslau. Distriktsversammlungen **finden** statt am Donnerstag, den 10. November, für Distrikt 5 und 7a; am Freitag, den 11. November, für Distrikt 1 und 2, 3a, 3—13, 4—14, 5a, 6, 7, 8, 12.

Salem Aleikum Zigaretten und Salem Gold aus der orientalischen Tabak- und Zigaretten-Fabrik Yenidze sind trotz neuer Steuern immer noch Qualitätsware. (Siehe das Inserat in heutiger Nummer.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW 48, Tel. Lützow 1956 und 1957.

Liebich-Theater.

Täglich 7½ Uhr:

Das große

November-Programm.

Wiederverkäufer

kaufen billig u. gut **Socken, Hemden, Unterhosen, Trikotagen, Garne, Zwirne, Kurzwaren, gute Wolle, Reichsbekleidung** usw. bei

E. Lehnart, Breslau,

Poststraße 7.

Mustersendung per Nachn. v. 100 M. an. Preisliste gratis.

Pelz-

Colliers, Muffen, Hüte und Besätze

Sport-Pelze für Herren

Herren-Pelz-Kragen

Herren-Pelz-Muffen

Breslauer Pelz- und Hut-Bazar

Neue Graupenstraße 8

und

Friedr.-Wilhelm-Str. 12

(Kochplatz)

Private u. Händler

kaufen äußerst preiswert und anerkannt gut

Ersso - Waschpulver

Paket 1.75

Schmierseife

Pfund 3.50

Kernseife äußerst preisw.

sowie

sämtl. **Haushaltsartikel**

Salz Pfd. M. **0.35**

Soda Pfd. M. **0.95**

Lichte, Lederfett

Schuhcreme

Georg Zwirner

Marianenstr. 14

Besondere Gelegenheit!

500

Herren-Stoffanzüge

wie Abbildung.

Beschreibung:

Die Anzüge bestehen aus **Jackett, Weste** und **Hose** und sind hergestellt aus **dunkel und mittelfarbig, glatten und englisch gemusterten, durchgewebten, strapazierfähigen Herrenstoffen,** gefüttert mit **guten baumwollenen und leinenen Futterstoffen, gute tadellose Verarbeitung und Paßform.**

Fasson: einreihig, wie Abbildung, **in allen Größen vorrätig.**

Preis **225** der ganze Anzug

Bei schriftlichen Bestellungen Angabe des Brustumfanges erbeten.

Verkauf im hinteren Parterre ab Montag

Vorverkauf ab Sonnabend.

Messow & Waldschmidt

Soeben erschienen. Soeben erschienen.

Zum Jahrestag der proletar. Revolution in Rußland.

INHALT: Karl Radek: Nach vier Jahren / L. Trotzki: Die Oktoberrevolution / N. Lenin: Die Krise naht der Lösung / A. Joffe: Die erste proletarische Regierung / Clara Zetkin: Die russische Revolution eine Quelle moralischer Kraft / Bela Kun: „Nieder mit den Sowjets!" / Charles Rappoport: Die Oktoberrevolution und das französische Proletariat / A. Thalheimer: Die russische und die deutsche Revolution / Fritz Heckert: Die Oktoberrevolution im unterirdischen Deutschland / Franz Koritschoner: Die Oktoberrevolution und das alte Oesterreich / J. Skalak: Die Wirkungen der Oktoberrevolution in Böhmen / M. Vanek: Tschechische Legionen und die Oktoberrevolution / Karl Kreibich: Die russische Revolution und das Proletariat der Tschechoslowakei / Julius Alpari: Die proletarische Revolution in Rußland und die ungarische Arbeiterschaft / War van Overstraeten: Die russische Revolution und das belgische Proletariat / Allan Wallenius: Die russische Revolution und Finnland / Henriette Roland-Holst: Die Wirkungen der russischen Revolution auf die holländische Arbeiterklasse / Ivon Jones: Was wußten wir über die Oktoberrevolution in Südafrika? / M. Philips Price: Der Einfluß der russischen Revolution in Westeuropa. — ILLUSTRATIONEN: Es lebe der Weltoktober der proletarischen Revolution! (mehrfarbiges Plakat) / Am Grabe der Konterrevolution (mehrfarbiges Plakat) / Volksversammlung auf dem Uritzki-Platz in Petrograd (Photographie) / Aus den Julikämpfen in Petrograd (Photographie) / Manifestation der Roten Armee in Moskau (Photographie).

74 Seiten **Preis Mark 2.—**

Zu beziehen durch

Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11

sowie durch alle Buchhandl. u. Organisationen der K. P. D.

Demnächst erscheint:

DR. EUGEN PAWLOWSKI

Der Bankrott Deutschlands

INHALT: Vorwort / Einleitung / 1. Teil. Die Wirtschaftskrise Deutschlands: 1. Die Grundlagen der kapitalistischen Entwicklung Deutschlands / 2. Die Verarmung Deutschlands als Folge des Krieges — a) Niedergang der Landwirtschaft — b) Die Krise der Industrie — c) Das Bauwesen — d) Der Verfall des Transportwesens / 3. Wo sind die deutschen Arbeiter? / 4. Die Verelendung der Arbeiterklasse Deutschlands — a) Der Zusammenbruch der Ernährung — b) Teuerung und Lohnsteigerung / 5. Der Rückgang der Arbeitsleistung / 6. Das Elend der deutschen Arbeiterklasse macht die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig / 7. Die Krise der kapitalistischen Gesellschaft in Deutschland / 8. Das Reparationsproblem / 2. Teil. Die Finanzkrise des deutschen Reiches: 1. Alte Sünden / 2. Die Ergebnisse der verfehlten Finanzpolitik — a) Das Defizit des Staatshaushaltes — b) Die Entwertung des Geldes — c) Die Verschiebung in der Vermögens- und Einkommensverteilung / 3. Das Steuerproblem im Klassenstaat / 4. Verteilung der Steuern auf die Einkommensarten / 5. Hic Rhodus, hic salta / 6. Was die vornehmen Ausländer raten / 7. Die „Studien" der gelben Internationale / 8. Der Lösungsversuch der Regierung / 9. Die Agrarier im Klassenkampf / 10. Die Ohnmacht der Bourgeoisie / 11. Die Verantwortlichkeit der Sozialdemokratie / 12. Die Steuerlast des Arbeiters / 13. Herr Parvus als Retter in der Not! / 14. Dem Zusammenbruch entgegen / 15. Unsere Steuerpolitik und der Staatskapitalismus

Zirka 189 Seiten **Preis Mk. 2.50, geb. Mk. 6.—**

Zu beziehen durch

CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY, HAMBURG 11

sowie durch alle Buchhandl. u. Organisationen der K. P. D.

Militär-

Mäntel, Joppen, Röcke, Hosen, Schuhe, Stiefel

Louis Hadamek

[illegible]

Unterbezirk Waldenburg KPD.

Am Mittwoch, 9. November, vorm. 9 Uhr, findet im Gasthaus zur „Guten Laune", **Ober-Hermsdorf,** eine öffentliche

Revolutionsfeier

statt. Die umliegenden Ortsgruppen werden aufgefordert, in geschlossenem Zuge zu erscheinen. Von Genossen von Gottesberg, Fellhammer, Alt-Lässig, Rothenbach, Niederhermsdorf, Langwaltersdorf-Friedland, sorgt für Massenbesuch. Der Saal ist geheizt.

Genossen! Werbt Abonnenten für die „Schlesische Arbeiterzeitung"